

Israel/Palästina – was nun?

Bericht über eine Informationsreise im Winter 1990/91 – nach dem
Massaker auf dem Tempelberg, während der Messerstechereien und der

Golfkrise

von Alisa Fuss

(Internationale Liga für Menschenrechte Berlin)

INHALT

Einleitung

Über den Bericht der Untersuchungskommission zu dem Massaker auf dem Tempelberg

Mit Gasmasken den Dialog fortsetzen?

Der Status quo kann nicht länger aufrechterhalten werden!

Die Politik der Regierung

Die russischen Einwanderer: Ein zionistischer Traum – ein palästinensischer Albtraum

Alternativen bei der parlamentarischen Opposition?

Separation

Die israelische Friedensbewegung I

Unterdrückungsmaßnahmen in den besetzten Gebieten

Medienpolitik

Kahane etc.

Neue jüdische Terrororganisationen

Friedensbewegung II: Religiöse Juden für den Frieden

Friedensbewegung III: Frauen in Schwarz

Frauenkonferenz Women struggle in an time of crisis

Women for political prisoners

Physicians for Human Rights

Nach den Messerstechereien: Aufgebrachter Mob

Friedens-Solidaritätsveranstaltung in Tira

PLO – wohin?

Die Mitgliedsorganisationen der PLO

Radikale junge Palästinenser

Die Tötung von Kollaborateuren

Feisal Hussein: Internationale Abkommen oder das Gesetz des Dschungels

Azmy Bishara: Für eine alternative politische Kultur

Schluß

Einleitung

Der Krieg ist vor vier Tagen ausgebrochen. Nun werden zum ersten Mal, „endlich, endlich“, die allerneuesten Waffen, besonders die computergesteuerten elektronischen Waffen ausprobiert werden können. Das UN-Ultimatum an den Irak war ein Freibrief, ein Blankoscheck für diesen Krieg, und es war abzusehen, daß nur die USA in der Lage sein würden, den Angriff auf den Irak auszuführen. Die USA können nun endlich mit dem Segen der Vereinten Nationen ihre Rolle als Weltpolizist spielen.

Angeblich lag die Entscheidung über Krieg oder Frieden in den Händen von Saddam Hussein. Aber durfte man sie tatsächlich diesem unberechenbaren Mann überlassen? Oder war das Ultimatum nicht lediglich Rhetorik, der Angriff eine beschlossene Sache? War Saddam Hussein nicht ein „gefundenes Fressen“, um die neuen Waffen auszuprobieren?

Den Menschen wurde schon Tage vor dem Ausbruch des Krieges suggeriert, es gebe keinen anderen Ausweg als Krieg. Und die Berichterstattung heute ist pseudo-demokratisch und pervers. Scheinbar befindet man sich mitten am Ort des Geschehens, man sieht wieder und wieder startende Flugzeuge – besonders apart sind Reporter mit aufgesetzten Gasmasken! Doch wir erfahren nichts über die Zahl der Opfer, nicht, was die beteiligten Soldaten sagen, nicht, was in den Müttern und Kindern vorgeht. Im Fernsehen sehen wir einen blitzsauberen Krieg. Die Mordwaffen werden uns blütenrein und geputzt vorgeführt. Junge, saubere, lächelnde Soldaten steigen in die Panzer und die Bomberflugzeuge. Dabei soll das Mutterherz wohl höher schlagen?! Man suggeriert einen chirurgischen Eingriff. Dabei ist die Bombenlast, die bisher auf Bagdad abgeworfen wurde, um ein Vielfaches größer als die, die einst Dresden zerstört hat! Vor einem Jahr übrigens haben die USA, wie erst später bekannt wurde, im Zuge der Festnahme von Noriega in Panama durch die Bombenangriffe „nebenbei“ einige tausend Zivilisten getötet!

Am ersten Kriegstag hieß es in den offiziellen Verlautbarungen, der größte Teil der irakischen Luftwaffe sei zerstört worden – die Angaben schwankten zwischen 50 und 100 %. Heute, am vierten Tag, heißt es, von den insgesamt 700 irakischen Flugzeugen seien mit Sicherheit elf (!) zerstört. Doch in den wenigen Tagen zwischen den beiden Meldungen hat sich die öffentliche Meinung hinter Präsident Bush gestellt, und die Kritiker des Golfkriegs wurden ins Abseits gedrängt. Da dem Pentagon zufolge der Vietnamkrieg nur wegen der Medien verloren wurde, soll es diesmal keine Bilder von der Front, von den Toten, von Kriegsgreueln geben. Für die „Zählung getöteter Zivilisten“ sei er nicht zuständig, sagte General Schwarzkopf!

Wir müssen uns anschauen, was im Vorfeld geschah. Die Konflikte waren nicht erst seit dem Überfall auf Kuwait zu erkennen. Eines der schon lang bestehenden Probleme, die Saddam Hussein instrumentalisieren konnte, ist der israelisch-palästinensische Konflikt. Saddam Hussein hat die Vernichtung Israels auf seine Fahnen geschrieben, und die Bedrohung ist real, auch für meine eigene Familie in Israel. Ich bin also selbst unmittelbar betroffen: Meine Söhne und Enkel leben in Tel Aviv. Für mich ist und bleibt die Zukunft Israels – und die kann es nur in einem Frieden geben – mit der Anerkennung des Rechts der Palästinenser auf nationale Selbstbestimmung verknüpft. Die PLO ist in den letzten Jahren für einen eigenen Staat *neben* Israel eingetreten. Warum hat man darüber nie verhandeln wollen?!

Wir, die israelische Friedens- und Protestbewegung, haben immer darauf hingewiesen, daß eine Zweistaaten-Lösung zum jetzigen Zeitpunkt die einzige realistische Perspektive für ein Leben ohne Krieg ist. Als Kronzeugen dafür hatten wir die Friedenswilligen unter den Palästinensern, mit deren Hilfe es uns gelungen war, bei vielen Israelis die Ängste abzubauen. Wir waren ein nicht wegzudenkender Teil der politischen Landschaft in Israel geworden. Wir haben einen Dialog geführt – , zugegeben, in diesem Zusammenhang ein schwieriger Begriff, denn zu einem Dialog gehören gleichberechtigte Partner. Dennoch zeigte unser Dialog mit den Palästinensern, daß es – im Gegensatz zu den Verlautbarungen der Regierung – einen Gesprächspartner gibt, wie Rachel Freudenthal von der israelischen Protestbewegung unterstrich.

Heute ist deutlich eine gewisse Entfremdung zu spüren. Allerdings wissen wir auch, daß wir daran nicht ganz unschuldig sind. Einige Vertreter der Palästinenser versuchen die Bedeutung der Solidaritätserklärung mit Saddam Hussein herunterzuspielen. Doch angesichts der hoffnungslosen Situation in den besetzten Gebieten war diese Entwicklung fast unvermeidlich. *Wir* müssen uns fragen lassen: „Was habt *ihr* denn getan? Wart *ihr* stark genug, *diese* Entwicklung in die Sackgasse zu verhindern? Wie weit seid *ihr* gegangen?“

Ich bin weder proisraelisch noch proarabisch noch propalästinensisch, sondern *für das Leben!* Ich weiß, daß wir zusammenleben *müssen*. Israelis wie Palästinenser haben ein Recht auf Leben und Selbstbestimmung in einem eigenen Staat. Das Blut aller Menschen und aller Kinder ist gleich. Das dürfen wir Frauen, Mütter und Großmütter, nie vergessen! Deshalb bin ich in der israelischen Friedensbewegung engagiert, die immer die doppelte Parole hatte:

Gegen Krieg und Okkupation!

Zum Jahreswechsel war ich drei Wochen in Israel. Ich stand am letzten Freitag des Jahres 1990 mit den *Frauen in Schwarz* in Jerusalem. Wir waren 400 bis 600 Frauen und hielten danach eine Protest-Nachtwache vor dem Amtssitz von Premierminister Shamir. Unsere Losung war: *Gegen Krieg und Okkupation!* Denn das eine ohne das andere gibt es nicht.

Auch in den USA ist die Antikriegsbewegung stark. Gerade gestern wieder protestierten Zehntausende – 7.500 allein in San Francisco –, darunter viele Weltkriegs- und Vietnam-Veteranen und Angehörige der für den Golfkrieg einzogenen Soldaten, für ein sofortiges Ende des Krieges. Im Fernsehen habe ich auch eine Reihe von „Frauen in Schwarz“ gesehen, die für Frieden demonstrierten. Ich glaube, sie haben sich diese Protestform von der israelischen Friedensbewegung abgeschaut.

Die deutsche Friedensbewegung, behauptete der Journalist Hendryk Broder im Radio, unterstütze Saddam Hussein. Das ist eine Verdrehung der Tatsachen, die fatal an Heiner Geisslers berüchtigte Behauptung erinnert, der Pazifismus habe die Hitler-Barbarei erst ermöglicht. Doch sie wird leider auch von offiziellen Stellen in Israel verbreitet, und auch die israelische Friedensbewegung ist irritiert. Heute morgen habe ich mit einer Aktivistin der *Frauen in Schwarz* telefoniert, die mich gebeten hat, ihr andere Informationen über die Friedensbewegung in Deutschland zu schicken, über deren Einstellung Verwirrung herrscht. Ich bitte Sie deshalb um Photos und Plakate, auf denen die deutschen Rüstungsfirmen und Saddam Hussein kritisiert werden, damit ich sie nach Israel schicken kann.

Ich selbst werde gefragt: „Auf wessen Seite stehst du? Demonstrierst du für Frieden oder für die Rettung Israels?“ Eine absurde Alternative! Saddam Hussein hat oft genug wiederholt, bei einem

Angriff auf den Irak würde er als erstes Israel angreifen. Doch die USA und ihre Verbündeten haben diese Gefahr geringgeschätzt, sie – nicht die Friedensdemonstranten – haben Israel in diese extrem gefährliche Situation gebracht! Die Vorstellung, das Bombardement des Irak löse das Problem für Israel, ist kurzsichtig, um nicht zu sagen unsinnig. Denn erstens ist die Dauer des Krieges und damit der konkreten Bedrohung Israels durch den Irak nicht abzusehen. Zweitens können in veränderten Konstellationen auch andere arabische Staaten Israel gefährlich werden. Nur eine umfassende Nahost-Friedenskonferenz kann auch für Israel Sicherheit bringen.

Nach einer Friedensinitiative von israelischen Professoren, zwei Tage vor Ausbruch des Krieges, sind folgende Punkte von zentraler Bedeutung:

- Die gesamte Region von Vernichtungswaffen frei zu machen;
- Friedensverhandlungen Israels mit Jordanien, Syrien, Irak und Libanon;
- Verhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern auf der Grundlage des Rechtes aller Völker – insbesondere des kuweitischen, des palästinensischen und des israelischen – auf ihren eigenen Staat, auf Sicherheit und Frieden. Wir haben nur wenig Zeit.

Es müßte sofort eine Friedensinitiative geben!

Israel hat stets nur auf militärische Stärke vertraut. Die besetzten Gebiete und die Golanhöhen waren angeblich unverzichtbar für Israels Sicherheit. Diese Vorstellungen aus den Zeiten von Pfeil und Bogen – man schießt besser von den Golanhöhen herunter als hinauf – haben sich nun wohl endgültig als überholt erwiesen, seit die irakischen Raketen in Israel einschlugen.

Die deutsche Friedensbewegung sollte weiter für den Frieden kämpfen:

- gegen die früher halblegalen, heute alle Verbote unterwandernden Rüstungsexporte aus Deutschland;
- gegen die Annexion Kuweits durch den Irak
- gegen die irakischen Angriffe auf Israel, das sich nicht einmal im Krieg mit dem Irak befindet;
- gegen die massiven Bombardements und die weitere Ausweitung des Krieges durch die USA und ihre Verbündeten;
- für einen sofortigen Waffenstillstand und eine Nahost-Konferenz.

Die völker- und menschenrechtswidrige Politik – u.a.: Giftgas gegen die Kurden, Ausschaltung der Opposition – und der Einmarsch Saddam Husseins in Kuwait kann nicht hingenommen werden! Das heißt jedoch keineswegs, daß dieser Krieg eine legitime Antwort ist. Sogar Wolf Graf Baudissin – und er muß es wohl wissen – sagte, der Krieg sei viel zu schnell ausgebrochen, man habe bewußt nicht genug Zeit gelassen, bis die Sanktionen hätten wirken können. Nicht einmal die menschenrechtswidrige Politik des Irak rechtfertigt einen Krieg, der schon durch die einkalkulierte Zahl von Menschenopfern auf allen Seiten das zerstört, was zu verteidigen er vorgibt.

Die Drohung und nun der Krieg gegen Israel, der Raketenbeschuß der Zivilbevölkerung ist eine Instrumentalisierung des Palästina-Konflikts, in der letztlich sowohl Juden als auch Palästinenser die Opfer sind. Saddam Husseins Behauptung, er kämpfe für die Befreiung der Palästinenser, konnte in der arabischen Welt und insbesondere unter den Palästinensern nur deshalb soviel Erfolg haben, weil das Palästina-Problem, das seit 1947/48 besteht, seit 1967 durch die israelische Besatzung der Westbank und des Gazastreifens verschärft ist. Die israelischen Regierungen haben sich trotz enormer Vorleistungen der PLO 1987 in Algier nie zu Kompromissen bereit erklärt oder sich auch nur mit der PLO an einen Tisch gesetzt – wohl weil sie ahnten, daß am Ende solcher Verhandlungen nicht mehr und nicht weniger stehen würde als ein palästinensischer Staat. Aus demselben Grund

haben auch die USA einer internationalen Nahost-Konferenz nie zugestimmt. Doch eine internationale Nahost-Friedenskonferenz ist unumgänglich, weil nur in einem solchen Gremium eine Chance besteht, alle schwelenden Konflikte im Nahen Osten zu regeln.

Was Einseitigkeit angeht: das kann man *mir* nicht vorwerfen, ich habe gegen Saddam Hussein demonstriert, als sonst noch kein Hahn nach ihm krächte! Damals, als er in Halabja Kurden mit Giftgas umbrachte, standen wir – leider nur einige Hundert – als Protestmahnwache in Kälte und Regen an der Gedächtniskirche! Außer dem unseren war damals keinerlei Aufschrei gegen Saddam Hussein zu hören. Die Bundesregierung schwieg sich aus. Wir, die Internationale Liga für Menschenrechte, haben damals alle Firmen angeschrieben, von denen wir wußten, daß sie die nötigen Chemikalien und das Know how für Giftgas an den Irak geliefert hatten. Die Antwort, wenn wir überhaupt eine bekamen: Nichts gesehen, nichts gehört, alles erlogen. – Die „Unwissenheit“ hatte Methode! Mit seiner ganzen Politik, besonders gegen die Kurden und selbständig denkende Palästinenser, ist Saddam Hussein gewiß der *letzte*, der sich anmaßen kann, im Namen von Gerechtigkeit und Freiheit für die Palästinenser aufzutreten. Er instrumentalisiert diesen Konflikt lediglich für seine Zwecke.

Der Krieg hätte verhindert werden können und müssen. Doch die USA hatten auf Krieg gesetzt, und auch die Politiker in Israel meinten und meinen noch, der massive Waffeneinsatz der USA könne Schlimmeres verhindern. Das ist ein Irrtum:

Was gibt es Schlimmeres als Krieg??!!

Es gibt kein Trauerverbot um palästinensische und irakische Kinder!

Israel hat ein Lebensrecht.

Die Palästinenser haben ebenso ein Lebensrecht.

Wir bleiben auf diesem Fleckchen Erde zusammengekettet.

Darum Schluß mit dem Krieg, sonst gehen wir alle gemeinsam zugrunde!!!

Auszüge aus einem Artikel über den Bericht der israelischen Untersuchungskommission zu dem Massaker auf dem Tempelberg (Ha'aretz vom 2.11.1990)

Erinnern sich die Komiteemitglieder daran, daß der Grund zur Einberufung dieses Komitees 17 Tote waren?

Waren sie sich bewußt, daß es ihre Aufgabe war, diese Todesfälle aufzuklären? ...

Das Komitee erklärt uns minutiös, zu welcher exakten Zeit der zweite Report des ersten Offiziers einen anderen Offizier erreichte ...

Aber wann und wo wurden alle diese Menschen getötet? Wie wurden sie getötet? Wo waren die Einschüsse der Kugeln?

All diese Fragen wurden vom Komitee übergangen, ganz abgesehen von den eklatanten Widersprüchen innerhalb des Berichts. Durften nun die „Getreuen des Tempels“ – extrem rechte religiöse Eiferer – in Dreiergruppen auf den Tempelberg hinaufgehen, oder war es ihnen verboten? In dem Bericht steht beides: einmal daß es verboten war, und ein andermal, daß sie es durften.

Und was bedeutet der elegante Satz: „Als die Truppen der Grenzpolizei und der Polizei eintrafen, wurde wahllos mit scharfer Munition geschossen.“ Was genau heißt das? Wurde geschossen? Wer schoß? Wie oft? Wann genau? ... Wie viele wurden getroffen? Usw. usf.

Was kam heraus? Niemand wurde strafrechtlich belangt. Zwei Polizeioffiziere wurden versetzt. Um den Tempelberg wurde ein neuer Polizeidistrikt eingerichtet. – Das war alles!

Mit Gasmasken den Dialog fortsetzen?

Die Unterstützung der PLO für Saddam Hussein war politisch sehr unklug. Damit hat sie leichtfertig die wachsenden Sympathien in Europa und den USA verscherzt. Doch das Bündnis mit Saddam war nicht so sehr ein eigenständiger politischer Entschluß, sondern eher ein Hineinschliddern: Die PLO muß noch immer auf arabische Herrscher setzen, auf deren finanzielle Unterstützung sie angewiesen ist. Auch der Aufschwung der Hamas-Bewegung ist in diesem Zusammenhang zu sehen. Die Hamas allerdings wollten nie mit Israelis reden, sie sind an keinem Abkommen interessiert. Als nach der Ermordung der drei Juden in Jaffa vier Hamas-Führer deportiert wurden, kam es weder in Israel noch im Ausland zu Protesten. Ganz anders bei der Verhaftung der Redakteure Ziad Abu Ziad und Radwan Abu Ijash zwei Wochen zuvor. Da gab es in Israel eine Welle der Empörung und internationale Proteste, denn die beiden waren als dialogbereite Verfechter eines palästinensischen Staates bekannt.

Als Saddam Hussein in den besetzten Gebieten auf der Straße gefeiert wurde und Palästinenser im In- und Ausland ihre Solidarität mit ihm verkündeten, gerade weil er Israel mit Vernichtung droht, kam es in der israelischen Friedensbewegung zu heftigen Diskussionen. Jossi Sarid (Meretz-Partei) etwa sagte, damit sei für ihn Schluß. Doch die Mehrheit ist nach wie vor für eine Fortsetzung des Dialogs. Die einen sagen, Verhandlungen würden immer mit Feinden geführt, andere sehen gar keine grundsätzliche Veränderung der Fronten. Doch es hat sich herausgestellt, daß mit dem Begriff Dialog unterschiedliche Haltungen verknüpft sind. Meines Erachtens kann eine linke Friedensbewegung keinen Krieg in Betracht ziehen. Ihre ganze Kraft besteht darin, Konzepte für den Frieden zu entwickeln.

Den Palästinensern wiederum ist nicht klar, daß Saddam Husseins Drohung mit einem Gasangriff für die Israelis aus historischen Gründen vor allem anderen ein tiefer psychologischer Schock ist. Während sich die Mehrheit der Friedensgruppen noch um die Fortsetzung des Dialogs bemühte, ereignete sich das Massaker auf dem Tempelberg. Die 17 Toten und mehr als 150 Verletzten rückten

das Bild wieder zurecht: Auch angesichts des drohenden Krieges ist die Okkupation weiterhin *der* gefährliche Faktor in diesem Land. Und die Massaker an Israelis führten uns die Tatsache deutlich vor Augen, daß die Opfer der andauernden Besatzung nicht jenseits der „Grünen Linie“ bleiben werden.

Der Status quo kann nicht länger aufrechterhalten werden!

In den ersten Tagen meines Besuchs traf ich in linken Kreisen auf eine gedrückte Stimmung. Eine Freundin sagte: „Es ist, als sei bei einer Hochzeit die Braut weggelaufen.“ Doch das ist erstens eine kleinbürgerliche Betrachtungsweise – nach der Melodie: „Warum tut er mir das an?!“ – und zweitens hinkt der Vergleich: Denn diese „Braut“ – die Palästinenser – kann gar nicht weglaufen, wir müssen mit ihr zusammenleben und sie mit uns. Es könnte nur sein, daß sie so unentschieden ist, daß sich alles ohne ihr Zutun entscheidet: in diesem Fall käme es möglicherweise zu einer Pax americana, evtl. mithilfe von Syrien oder Ägypten. Doch dann würden die Palästinenser auf das Jahr 1948 zurückgeworfen, als die arabischen Staaten in ihrem Namen auftraten und sie verrieten statt sie zu vertreten.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Zeit des Status quo unwiderruflich vorbei ist. Die Politik von Golda Meir bis Yitzchak Shamir war es, auszusitzen und nichts zu unternehmen. Das konnten sie über zwanzig Jahre lang tun, in Zukunft wird das nicht mehr möglich sein. Es gibt kein Zurück in die Zeit vor der Intifada. Auch die Zeit der Steine scheint vorbei. Jetzt sind die Messer dran! Grausige Aussichten!

Falls es indessen zu einer Friedensregelung kommt, könnte es in Israel zum Bürgerkrieg kommen. Die Siedler wie die extreme Rechte verfügen über Waffen – sei es vom israelischen Militär oder schlicht gestohlen. Wann und wie viele Siedler ins israelische Kernland zurückgeholt werden, ist nicht abzusehen. Es ist eine Tragödie, daß gerade die Ärmsten der Armen sich der KACH zuwenden, der rechtsextremen Bewegung des Rabbi Kahane. Verelendung treibt die Menschen, wie anderswo so auch in Israel, meist nicht der Linken, sondern der Rechten in die Arme. In Israel wachsen Armut und Not. Nach offiziellen Angaben lebten 1989 439.000 Menschen unter der Armutsgrenze, das sind fast 10 % der Bevölkerung. Davon sind besonders kinderreiche Familien betroffen. Seither ist diese Zahl zweifellos noch gestiegen, und sie nimmt weiter zu.

Seit 1967 haben die israelischen Politiker alles getan, um die besetzten Gebiete und ihre Bewohner in totaler Abhängigkeit zu halten. Sie ließen nicht zu, daß sich eine funktionierende Infrastruktur entwickelte bzw. zerstörten die vorhandene. Palästinensische Betriebe, die der israelischen Wirtschaft hätten Konkurrenz machen können, wurden verboten. Außerdem wäre die Gründung eines eigenen Staates auf der Basis einer funktionierenden Infrastruktur sehr viel leichter. Israel kontrolliert die hauptsächlichen Ressourcen in den besetzten Gebieten: Wasser und Boden. So sind die Palästinenser gezwungenermaßen Hauptkonsumenten der israelischen Wirtschaft. Außerdem stellen sie willige und billige Arbeitskräfte.

Seit 23 Jahren Jahren herrscht also faktisch ein *klassischer Kolonialzustand*.

Die Histadrut, die Gewerkschaft, hat fast nie etwas gegen die unwürdigen Arbeitsbedingungen der palästinensischen Arbeiter unternommen. Auch nicht gegen die Ausbeutung von 12jährigen Kindern, die nach 12stündiger Arbeit auf dem Gemüsemarkt in Schuppen auf Säcken schlafen. Die israelische Sozialversicherung zieht den Palästinensern die gleichen Beträge ab, die auch jüdische Arbeiter zahlen müssen, doch die Palästinenser erhalten nur minimale Leistungen – weder Kinder-

geld noch Arbeitslosengeld. Die Gewerkschaft verhält sich gegenüber den palästinensischen Arbeitern, die jahrelang im israelischen Kernland gearbeitet haben, offenbar nach dem Motto: Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, er kann gehen. Statt daß die Histadrut die Rechte *aller* Arbeiter vertritt – manche der Palästinenser haben viele Jahre indemselben Betrieb, derselben Fabrik oder demselben Hotel gearbeitet –, heißt es jetzt, es gebe genügend jüdische Arbeiter, die Neueinwanderer aus der Sowjetunion. Dabei „vergißt“ man, daß die palästinensischen Arbeiter jahrelang Sozialabgaben bezahlt haben – Millionenbeträge, die aufgrund des israelischen Sozialversicherungssystems hauptsächlich in die Kassen der Histadrut flossen. Doch die Histadrut steht nicht für die palästinensischen Arbeiter ein. Das ist ein Rückfall in alte Zeiten, als die Losung – in einem anderen Kräfteverhältnis – „Eroberung der Arbeit“ hieß, nach der nur jüdische Arbeiter eingestellt werden und nur jüdische Produkte gekauft werden sollten. Das war die Losung in den dreißiger und vierziger Jahren, als ich nach Palästina kam, und ich habe sie schon damals für falsch gehalten – zumindest wurden damals jedoch noch keine Sozialversicherungsabgaben einbehalten. Doch hier auch etwas Positives über die Histadrut: Als kürzlich palästinensischen Gewerkschaftlern aus Nablus die Einreise nach Israel verboten wurde, protestierten Linke, einschließlich der Histadrut, dagegen mit einem Solidaritätstreffen in Nablus.

Nach den jüngsten Ereignissen – den Messerstechereien – besteht kein Zweifel mehr: die besetzten Gebiete können nicht weiter unter Kontrolle gehalten werden wie bisher. Kurz nach dem Massaker an drei jüdischen Arbeitern in einer Fabrik in Jaffa ergab eine Umfrage – nicht etwa nur in linken Kreisen – in Israel, daß sich die meisten Israelis für zwei Dinge aussprachen:

1. Für die Todesstrafe für solche Taten;
2. – und das ist das Wesentliche – für einen eigenständigen palästinensischen Staat. Das israelische Militär solle sich aus den besetzten Gebieten zurückziehen, entlang der Grenzen von vor 1967 solle eine befestigte Grenze errichtet werden, die beiden Völker sollten vollständig getrennt werden.

Dazu ist noch viel zu sagen (siehe „Separation“), eines jedenfalls ist klar: Aus ist der Traum von einem Groß-Israel!

Noch braucht die israelische Wirtschaft die palästinensischen Arbeitskräfte. Die Gefahr eines gewaltsamen Transfers der palästinensischen Bevölkerung sehe ich nur im Fall eines Krieges. – Der größte und schrecklichste Transfer fand übrigens 1948 nach der Staatsgründung unter der Regierung Ben Gurions und der Arbeitspartei statt, doch damals herrschte auch Krieg. – Ohne Krieg würden auch die USA einen Transfer nicht gutheißen, denn die arabischen Verbündeten sind wichtig für die USA. Aber auch ein Krieg könnte für die USA gefährlich werden, wenn nämlich die Regimes in Saudi-Arabien, in Syrien und Ägypten fallen würden. In Ägypten etwa ist die fundamentalistisch-islamische Opposition stark, ihre Anhänger rekrutieren sich aus den Massen der Armen. In den letzten Wahlen in Ägypten hat die Regierungspartei nur deshalb gewonnen, weil die Opposition die Wahlen boykottiert hat – die Wahlbeteiligung lag nur bei etwa 30 %.

Die Politik der Regierung

Für Israel besteht eine existenzielle Gefahr: Saddam Hussein hat mehrmals gedroht, Israel zu vernichten. Im Fall eines amerikanischen Angriffs würde er als erstes Israel angreifen, auch wenn sich Israel nicht am Krieg beteiligt. Doch die israelische Regierung, statt entschieden auf eine friedliche Lösung des Konflikts zu dringen, scheint den Kopf in den Sand zu stecken oder die Amerikaner so-

gar dazu zu drängen, endlich loszuschlagen. So hätte nach Meinung des Beraters des Sicherheitsausschusses der Knesset, Chaim Yavetz, der Krieg längst im Gang sein müssen: „Schließlich sind nicht 400.000 Soldaten an den Golf geschickt worden, um Frieden zu machen!“

Das scheint mir jedenfalls der Grund dafür, daß in den Medien das wichtigste Thema nicht der Frieden bzw. die Golfkrise ist, sondern das Verbot von Schweinefleisch und das Anti-Abtreibungsgesetz, das auf die Schnelle durchgepeitscht werden soll. Der Likudblock von Shamir, dessen Parlamentsmehrheit auf sehr wackligen Beinen steht, hatte die religiöse *Agudat-Israel*-Partei mit einer Reihe von Zusagen geködert, die nach Meinung vieler Israelis das Land in einen mittelalterlichen Gottesstaat verwandeln könnten: radikale Durchsetzung des Verbots von öffentlichem Nahverkehr am Schabbat, Beschränkung des Schweinefleischkonsums auf die christlichen Araber, verschärfte Bestimmungen zum Schwangerschaftsabbruch und Verbannung alles „Anstößigen“ aus der Werbung im israelischen Alltag. In *Yediot* vom 14.12.1990 stand die Meldung, daß die wehrpflichtigen jungen Leute aus dem Kibbutz Misra, dem einzigen, der eine Schweinezucht betreibt, an die Öffentlichkeit gingen und drohten, ihre Militärbücher zurückzugeben, falls ein Gesetz verabschiedet würde, das die religiösen Parteien gegen den Verkauf von Schweinefleisch eingebracht hatten. (Misra ist ein Kibbutz der linken Mapam-Partei).

Ein israelischer Spezialist für strategische Fragen, Professor Martin von Karfeld, sagte zu der von Saddam Hussein geforderten Verknüpfung des Golfproblems mit der Palästinenserfrage: „Israel sollte auf den Wagen des Linkage [der Verknüpfung] aufspringen und sich aus den besetzten Gebieten zurückziehen!“ (*Al Ha'Mishmar*, 28.12.1990)

Regierungschef Shamir dagegen: „Wir werden uns an keiner internationalen Konferenz beteiligen, die Konflikte im Nahen Osten lösen soll. Israel wird eventuelle Beschlüsse des Sicherheitsrats zu diesem Thema absolut und vollständig ignorieren.“ Und weiter: „Wir können nicht zulassen, daß Fremde unsere Zukunft bestimmen.“

In *Yediot* vom 27.12.1990 wird Shamirs Antwort auf die Frage „Was nun?“ zitiert: „Ich habe keine Zauberformel!“ Der Artikel fährt fort: „Eben doch! Man lege ‚Groß-Israel‘ in den Zauberhut, und herauskommt ein geteiltes Land!“

Alle bisherigen Regierungen in Israel warten anscheinend darauf, daß man sie „vergewaltigt“ oder zu ihrem Glück zwingt. Sogar Shamir sagte: „Wenn die USA es von uns *fordern*, müssen wir uns fügen.“ – Doch leider, leider rümpfen die USA zwar die Nase über das Vorgehen Israels, aber der Scheck über 3,5 Milliarden Dollar pro Jahr kommt weiterhin an!

Die Geschichte mit den zwei Fahnen

Ein Zeichenlehrer in einem jüdischen Ort in Galiläa gab seinen Schülern das Thema *Frieden*. Natürlich beschäftigten sich die Schüler nicht mit fernen Kriegsschauplätzen, sondern mit dem Frieden zwischen Israelis und Palästinensern: sie malten Bilder von Zusammenkünften beider Völker, mit den beiden Fahnen. Weil einige von ihnen nicht wußten, wie die Fahnen genau aussehen, malte der Lehrer eine israelische und eine palästinensische Tafel überkreuz an die Tafel. Jemand muß ihn denunziert haben. Er wurde verhaftet, aus dem Schuldienst entlassen und zu vier Monaten Gefängnis verurteilt – und das nicht etwa auf Bewährung. Jetzt werden Unterschriften gegen seine Bestrafung gesammelt. Auch Ornan Yekutieli, der stellvertretende Bürgermeister von Jerusalem und Mitglied der RAZ-Partei, unterschrieb diesen Aufruf. *Peace Now*, wegen desselben Vergehens angeklagt – sie hatten einen Button mit den zwei Fahnen herausgegeben, über denen in drei Sprachen „Frieden“ stand – hatte seinerzeit den Prozeß gewonnen.

Die russischen Einwanderer: Ein zionistischer Traum – ein palästinensischer Albtraum

Die Sowjetunion, die einst entstanden war, um universelle Ideale wie Freiheit und Gleichberechtigung zu verwirklichen, war nicht einmal imstande, ihre eigenen Minderheiten wirksam zu schützen. Unter den Neueinwanderern haben viele im Zweiten Weltkrieg gekämpft und sind mit dem Sowjetoorden ausgezeichnet worden, berühmte Kommandanten und Helden aus Stalingrad sind dabei. Das stimmt einen sehr wehmütig und nachdenklich. Derzeit kommen im Durchschnitt stündlich 170 russische Einwanderer nach Israel. Natürlich weiß man überhaupt nicht, wie sie alle untergebracht und ernährt werden sollen. Die israelische Regierung bemüht sich, von überallher Geld zu bekommen.

Mit dieser Einwanderungswelle aus der Sowjetunion wird die jüdische Bevölkerung Israels um 27 % zunehmen, die Gesamtbevölkerung um 20 %. Das entspricht einem Viertel des Bevölkerungszuwachses, der in den 40 Jahren davor zu verzeichnen war. Für die israelische Regierung wahrlich eine hochwillkommene Verschiebung des demographischen Gleichgewichts!

Alle Parteien überbieten einander im Werben um die Gunst der neuen Wählerschaft, wobei sie den Rest der Bevölkerung – immerhin die Mehrheit – vernachlässigen. Die großzügigen materiellen Bedingungen, die den sowjetischen Immigranten gewährt werden, lösen vor allem bei den sephardischen Juden – die nicht aus Europa stammen und meist der Unterschicht angehören – das Gefühl aus, diskriminiert zu werden. Obdachlose – meist sephardische Familien, die ihre Wohnung verloren haben, weil sie die seit der sowjetischen Einwanderung gestiegenen Mieten nicht mehr bezahlen können – sorgen seit Monaten für Unruhe. Auch die Neueinwanderer aus Äthiopien – im ganzen rechnet man mit 20.000 bis 30.000 Menschen – bekommen nicht dieselben Vergünstigungen wie die aus der Sowjetunion, die ein Jahr lang Unterstützung erhalten.

Der große Einwanderungsstrom hat eine alte, ungelöste Frage aktualisiert: Das Recht der Palästinenser auf ihr Land. Begreiflicherweise weckt die Einwanderung hier Befürchtungen bei den Palästinensern, und dazu kommt noch die Angst vor einem Massentransfer. Wenn die Tür für Friedensverhandlungen offenbleiben soll, müßte die israelische Regierung die *Rechte der Palästinenser anerkennen*.

In einer dpa-Meldung vom 1.1.1991 heißt es: Der israelische Verband des jüdischen Weltkongresses (WJC) hat die Unterstützung deutsch-jüdischer Organisationen für die Einwanderung sowjetischer Juden nach Deutschland scharf verurteilt. In einer am Dienstag in Jerusalem veröffentlichten Stellungnahme heißt es, es sei „schwer zu verstehen und hinzunehmen“, daß jüdische Organisationen in Deutschland die Einwanderung von Juden in ein Land befürworten, „das unter den Nazis für die Ermordung von 6 Millionen Juden verantwortlich“ war. Ein Regierungssprecher betonte, der eigentliche Zielort für jüdische Emigranten aus der Sowjetunion sollte Israel sein. – Ich befürchte fast, daß es der deutschen Regierung nicht ungelegen kommt, wenn sie sich mit Geld aus der Affäre ziehen kann. Übrigens: Auch wenn man die Situation der sowjetischen Juden heute gewiß nicht mit der in der Hitlerzeit vergleichen kann, erinnert mich diese Einstellung doch fatal an die Flüchtlingskonferenz in Evian am 6. Juli 1938, auf der Ben Gurion keiner anderen Lösung zustimmen wollte als der Einwanderung in das damalige Palästina: Entweder nach Palästina oder gar nicht! Den anderen Ländern war das nur recht. Doch die Engländer ließen nur sehr wenige Flüchtlinge nach Palästina herein – wer weiß, wie viele sonst hätten gerettet werden können! –

Um die Palästinenser nicht zu beunruhigen, hieß es zunächst, die russischen Einwanderer würden nicht in den besetzten Gebieten angesiedelt. Zum Jahreswechsel 1990/91 erklärte inzwischen der Einwanderungsminister Peretz, daß sie zwar nicht dorthin geschickt würden, aber selbst dorthin

gingen. Es wohnen also doch schon einige Tausend von ihnen in den besetzten Gebieten. Die große Frage ist nun, ob sie auch die harte körperliche Arbeit der Palästinenser übernehmen werden – zumal die Palästinenser dieselbe Arbeit für sehr viel weniger Lohn machten als Juden. Zudem sind die meisten der sowjetischen Juden hochqualifizierte Akademiker, und es scheint mir sehr fraglich, ob sie zu den gleichen Opfern bereit sind wie die russischen Einwanderer Anfang des Jahrhunderts und die europäischen Flüchtlinge in der Hitlerzeit.

Alternativen bei der parlamentarischen Opposition?

Am 19.12.1990 gab es ein Fernsehinterview mit Shimon Peres, dem Vorsitzenden der Arbeitspartei (Marach). Anlaß war die Reise eines Marach-Abgeordneten in der Knesset, Jossi Beilin, der ohne Wissen der Partei und sehr zum Ärger von Peres, der strikt gegen einen palästinensischen Staat ist, nach Ägypten gefahren war, um dort die Frage zu sondieren, ob zunächst nur im Gaza-Streifen ein unabhängiger palästinensischer Staat ausgerufen werden könnte, zu dem später dann die Westbank hinzukäme. Ein palästinensischer Staat nur im Gaza-Streifen ist allerdings eine unrealistische Forderung, und kein Palästinenser wäre bereit, darüber zu reden, denn ohne die Westbank hätte ein solcher Staat keinerlei Lebenschancen.

Doch Peres hat in diesem Fernsehinterview auch versöhnlichere Töne angeschlagen, indem er deutlich erklärte, daß wir

1. nicht über ein anderes Volk herrschen dürfen, und
2. daß die Wasserfrage zwischen uns und den Palästinensern geklärt werden muß.

Da die Wasserfrage im Nahen Osten ein *casus belli* ist – besonders in diesem Jahr, weil es nicht geregnet hat –, könnte man heraushören, daß Peres doch zu Verhandlungen bereit ist. Außerdem unterstrich er, daß Israel heute für die besetzten Gebiete verantwortlich ist, daß man sie nicht einfach abriegeln und die Menschen dort ihrem Hungerschicksal überlassen kann. Und er betonte, daß es auf die heutige Situation keine militärischen Antworten gibt, daß nur politische Antworten eine Zukunft eröffnen.

Die Arbeitspartei hat allerdings viele Anhänger verloren. Sie hat – wie man es auch von der deutschen Sozialdemokratie kennt – keine echten politischen Alternativen anzubieten. Laut Umfragen soll sie von bisher 30% auf ca. 20% der Wählerstimmen zurückgefallen sein.

Zu den nächsten Wahlen wird sich wahrscheinlich ein Block aus drei oppositionellen Parteien bilden: aus der RAZ (Bürgerrechtspartei), der MAPAM (Linkszionisten) und der SHINUI (Liberale) – also *ohne* die Arbeitspartei. Es wird angenommen, daß diese Parteien 15 bis 20 % unter den friedenswilligen Israelis mobilisieren und damit ein starkes Gewicht bilden können. Nicht nur die Arbeitspartei, auch die kommunistische RAKACH verliert an Boden. Sie stellte bisher immerhin zehn arabische Abgeordnete, wird ihre Mandate jedoch sicher nicht halten können.

Separation

Der Druck von rechts ist stark. In letzter Zeit wird immer öfter von der „Separation“ beider Völker gesprochen, das heißt: die grüne Grenze von vor 1967 wiederzuerrichten, sie allerdings für die Palästinenser undurchlässig zu machen. Das ist eher als Strafe und Ghettoisierung gedacht: wenn von „Separation“ die Rede ist, ist damit noch keineswegs ein palästinensischer Staat gemeint. Es ist nichts anderes als die bisherige Egozentrik: Man sieht, daß es heute sehr viel schwieriger ist als früher, vor Beginn der Intifada, ein normales Alltagsleben in Israel zu führen, und das soll sich wie-

der ändern – durch Aussperrung eben, wenn es nicht anders geht. Was im Gaza-Streifen und in den besetzten Gebieten geschieht, hat die Leute auch früher kaum interessiert, sie haben stets nur unbekümmert ihr eigenes Leben gelebt.

Die Lage in den besetzten Gebieten, besonders im Gaza-Streifen, ist katastrophal. Die Arbeitslosigkeit war dort schon immer sehr hoch, um 30%. Wenn die Gebiete jetzt wirklich abgeriegelt werden, wie viele Israelis und einige Minister fordern, wird sie nahezu 100% betragen, denn soweit dort überhaupt eine Infrastruktur bestand, ist sie von den Israelis zerstört worden, denen an billigen Arbeitskräften, nicht an einer Konkurrenz für die israelischen Waren gelegen ist. Zudem fallen gegenwärtig zunehmend die Überweisungen von in den Golfstaaten arbeitenden Palästinensern aus. Immer mehr Israelis fragen sich: Wenn man die Intifada durch eine abgesperrte „Grüne Linie“ aus Israel heraushalten könnte – warum sollte man dann nicht die „Grüne Linie“ wieder zur Grenze machen und die besetzten Gebiete aufgeben? Die Antwort von rechts außen freilich lautet: Mitnichten, vielmehr sollte man alle Palästinenser aus der Westbank und aus Gaza deportieren.

Selbst Linke in Israel – oder solche, die sich dafür halten – sprechen sich dafür aus, die beiden Völker zu trennen, um Übergriffe zu vermeiden. Mancher mag das für ein Allheilmittel halten und glauben, damit sei die Sicherheit wieder gewährleistet. Doch eine einseitige Entflechtung oder Separation, unabhängig von einem politischen Prozeß und ohne gegenseitige Anerkennung der legitimen Rechte beider Völker auf Selbstbestimmung, wäre kurzfristig und gefährlich. Wir – die israelischen Friedenskräfte und die Opposition – sind gegen eine solche Politik, Separation ist für uns kein Wunschkind, wie es Gideon Spiro von *Yesh Gvul* sagte. Entflechtung wäre für uns nur vorstellbar als zweiseitiger Prozeß: vollständiger Rückzug des israelischen Militärs aus den besetzten Gebieten und die Möglichkeit für die Palästinenser, einen eigenen Staat aufzubauen – u.U. mit internationaler Finanzhilfe. Doch davon ist nicht die Rede. Die palästinensischen Gebiete sollen abgeriegelt, das israelische Militär jedoch dort präsent bleiben – mitten in den dichtbevölkerten palästinensischen Gebieten. Die Palästinenser würden so von ihren hauptsächlichen Einkommensquellen, von der Arbeit in israelischen Betrieben, abgeschnitten – und dies ist auch beabsichtigt. Arik Sharon etwa, Minister in der Shamir-Regierung, hat schon vorgeschlagen, statt der Palästinenser aus den besetzten Gebieten ausländische Arbeiter nach Israel holen, aus Spanien und Portugal etwa. In Hotels arbeiten ohnehin schon lange Asiaten (aus Thailand, von den Philippinen), ebenso in Haushalten und als Reinigungspersonal.

Die Palästinenser um fast alle Einkommensmöglichkeiten zu bringen und die gleichzeitige Aufrechterhaltung der Besatzung würde bedeuten, daß man in der Westbank und im Gaza-Streifen ein geschlossenes Lager mit 1.800.000 Menschen schafft – Armut und Elend würden daraus einen Dampfkessel machen, der jederzeit explodieren kann. In diesem Fall wäre es nur eine Frage der Zeit, bis die Einwohner mit Gewalt reagieren, was wiederum den Boden für einen Massentransfer aus den besetzten Gebieten bereiten würde. Dies wäre dann die endgültige Katastrophe. Übrigens kursieren schon Unterschriftenlisten gegen einen etwaigen Transfer an den israelischen Universitäten – bisher haben etwa hundert Wissenschaftler unterschrieben. Wer also den Weg der „Separation“ wählt und sich gegen politische Verhandlungen und gegenseitige Anerkennung entscheidet, handelt verantwortungslos und bereitet nur den Boden für neue Gewalt – von Moral ganz zu schweigen.

Das zumindest scheint den Militärs und den Geheimdienstleuten klarer zu sein als vielen anderen. Am 20.12.1990 beriet eine Ministerkonferenz über die *Abriegelung der besetzten Gebiete*. Mit von

der Partie waren auch Geheimdienst und Militär. Bemerkenswerterweise waren gerade die letzteren dafür, die Grenzen offen zu halten und die Palästinenser in Israel arbeiten zu lassen – wohl aus der Einsicht, daß völlige Arbeitslosigkeit und Elend die Intifada nur noch militanter machen würde. Daher auch der Unmut der Siedler und der rechtsradikalen Kräfte über das Militär, das angeblich die israelische Bevölkerung nicht genug vor den Messerstechereien schützt.

Die israelische Friedensbewegung I

Der Schriftsteller Nissim Calderon erklärte mir in einem längeren Gespräch, zum ersten Mal sei die innere Sicherheit Israels erschüttert. Bisher haben alle Kriege außerhalb der israelischen Grenzen stattgefunden, mit den Messerstechereien taucht die Gefahr innerhalb des Kernlandes auf. Ein allgemeines Gefühl von Unsicherheit sei die Folge. Die Angriffe mit Messern sind schlimmer als Schießen, das gewisse Vorbereitungen und eine bestimmte Entfernung zum Opfer braucht – mit dem Messer kann man völlig unvermittelt und aus nächster Nähe zustoßen.

So sagte etwa der Besitzer einer Mechanikerwerkstatt, der seit Anfang der Besetzung Palästinenser beschäftigt, in einem Radiointerview: „Ich komme morgens herein, schaue schnell, wo die arabischen Arbeiter stehen, und überlege: Gehe ich weiter? Bleibe ich mit dem Rücken zur Wand stehen? Auf jeden Fall muß ich immer alle im Auge behalten.“ – Ob die Kinder auf dem Schulweg sind oder auf dem Weg zum Einkaufen, das Gefühl der Unsicherheit ist allgegenwärtig. Darin, daß die PLO-Führung die Ermordung von Zivilisten (die Messerstechereien) nicht öffentlich verurteilt hat, sehe ich persönlich übrigens ein Zeichen ihrer politischen Schwäche.

Calderon sieht eine Wende bei *Peace Now/Shalom Achshav* – er sprach von einer „Entideologisierung“. Hatten sie bisher nur hie und da protestiert, habe die Mehrheit ihrer Anhänger nun den Konsens mit der Regierung ganz aufgekündigt: sie wollen nicht mitverantwortlich sein für das, was in Israel in ihrem Namen, im Namen der „israelischen Bevölkerung“ geschieht. Während sie früher große Demonstrationen veranstalteten, die die Regierung kaum noch störten, ist man heute zu kleineren Aktionen zu ganz bestimmten Tatbeständen übergegangen, die die Regierung vielleicht doch in Schwierigkeiten bringen. So haben sie gezielte Aktionen gegen die Administrativhaft von Ziad Abu Ziad, Redakteur der hebräischen Zeitung *Ha-Gesher [Die Brücke]*, die regelmäßig Auszüge aus der arabischen Presse veröffentlicht, und von Radwan Abu Ijash, dem Vorsitzenden des Journalistenverbands in der Westbank gemacht: *Shalom Achshav* hat große Anzeigen gegen die Inhaftierung der beiden Journalisten in den israelischen Tageszeitungen geschaltet. Auch in den USA hat es übrigens große Proteste gegeben, denn die beiden Journalisten sind dafür bekannt, daß sie für eine friedliche Lösung – die Zweistaatenlösung – und für den Dialog eintreten. Ihr Anwalt ist Amnon Sichroni, ein sehr bekannter Rechtsanwalt, der oft politische Häftlinge vertritt und seit vielen Jahren auch Wehrdienstverweigerer verteidigt. *Shalom Achshav* hat auch eine Plakataktion vor dem Amtssitz von Shamir gemacht, in der sie – was ich sehr wichtig finde – deutlich Stellung für die Opfer auf *beiden* Seiten beziehen. Eine Unterorganisation von *Shalom Achshav*, die sich *Zeugen für die Vorkommnisse in den besetzten Gebieten* nennt, fährt an jeden Ort, wo etwas passiert, wenn z.B. wieder Menschen bei Demonstrationen erschossen worden sind etc.

Zum 60. Geburtstag von Nathan Zach organisierte Calderon eine Geburtstagsfeier im Tel Aviver Zawta-Club. (Der Lyriker Nathan Zach gehörte zu der Gruppe israelischer und palästinensischer Schriftsteller, die 1988 einen symbolischen Friedensvertrag ausgearbeitet und publiziert hatten.) Auch ein Teil seiner palästinensischen Freunde war zugegen. Dafür dankte ihnen Nathan Zach in

seinem Schlußwort: „Ich danke besonders Emile Habibi und seinen Freunden, daß sie gekommen sind. Wer weiß, ob ich im umgekehrten Fall – wenn man meinem Volk antäte, was dem ihren angetan wird – auch gekommen wäre.“ Und dann erzählte er von einer Kindheitserinnerung: In Nazi-Deutschland hatte er als Fünfjähriger mitangesehen, wie sein Vater von einem SA-Mann geohrfeigt wurde – ein traumatisches Erlebnis, das er nie vergessen hat. (Er sprach nicht von den millionenfach schlimmeren Greueln.) Als er später als Erwachsener den italienischen Film *Fahrraddiebe* sah, habe er noch besser verstanden, was in einem Kind vor sich geht, dessen Vater von den Umstehenden angegriffen und gedemütigt wird und vor seinem Sohn hilflos dasteht. In den besetzten Gebieten nun ist die Demütigung der Väter vor den Augen der Kinder Teil der Besatzungspolitik – sie gehört zu den ausdrücklichen Befehlen der Offiziere an die Soldaten.

Unterdrückungsmaßnahmen in den besetzten Gebieten

Die Medien berichten wenig über die Zustände in den besetzten Gebieten und über die nicht schwächer gewordene Intifada, genausowenig wie über die Unterdrückungsmaßnahmen des israelischen Militärs, die immer schärfer werden. Zur Erinnerung hier noch einmal kurz zur Situation und gängigen Praxis:

Die Militärkommandeure können Verordnungen erlassen, die automatisch Gesetzeskraft haben. Die Autorität des Militärs über die Bevölkerung in den besetzten Gebieten ist daher praktisch unbegrenzt. Dieses System besteht seit 1967, also seit 23 Jahren. Die Forderung nach einer internationalen Kontrollkörperschaft – der UNO oder anderer anerkannter internationaler Institutionen oder einzelner Personen, die in ihren Ländern als aktive Verfechter der Menschenrechte bekannt sind – wird von der israelischen Regierung seit vielen Jahren abgelehnt.

In den besetzten Gebieten gängige Praxis der israelischen Sicherheitskräfte ist u.a.

1. das *Schlagen*, das wie selbstverständlich und skrupellos auch gegen Frauen und Kinder praktiziert wird. Als Zeuge in einem Prozeß äußerte ein Armeekommandeur, ohne mit der Wimper zu zucken, das Schlagen habe auch erzieherischen Wert, schließlich heiße es schon in der Bibel: „Wer seine Rute schont, haßt seinen Sohn.“ (Sprüche Salomos, 13. Kap., Vers 24). Wenn die Palästinenser auch nicht unsere Söhne seien, so treffe dieser Satz doch auch auf sie zu.
2. Verwundung durch *Schüsse*. Die angegebene Zahl – einer von 33 verletzten Palästinensern hatte Schußwunden – erscheint mir glaubhaft. Die Einschußlöcher sind dabei oft klein, die Austrittslöcher deutlich größer – über die Art der Geschosse läuft noch eine Untersuchung.
3. Bewußte *Demütigung*: Palästinenser werden gezwungen, laut zu singen, während man sie schlägt, oder sie müssen sehr lange, ohne die Möglichkeit auszutreten, in der Sonne stehen oder sitzen.
4. Besonders hohe *Steuerforderungen*, die die Menschen ökonomisch ruinieren, oder die *Beschlagnahmung von Produktionsmitteln*. Jeder Palästinenser, der irgendein offizielles Dokument benötigt – Führerschein, Geburtsurkunde, Heirats- oder Todesurkunde oder eine Ausreisegenehmigung – , muß seine Steuerbescheide vorlegen und nachweisen, daß er die Steuern bezahlt hat.
5. Bei Verhaftungen werden *sehr hohe Kautionen* verlangt. So wurde etwa ein 12jähriger Junge verhaftet und solange festgehalten, bis seine Eltern 5.000 Schekel (etwa 2.500 Dollar) bezahlt hatten. Ein anderer Fall, über den die Zeitung *Chadaschot* am 19.2.1990 berichtete: Am

17.2.90 verließ der zehnjährige Muart Zakaf el Kaist mit anderen Kindern seiner Klasse die Schule. Er wurde verhaftet und an Händen und Füßen gefesselt. Auch für ihn wurde die hohe Summe von 2.500 Dollar verlangt. Die Mutter wurde telefonisch verständigt: Man ließ den Zehnjährigen durchs Telefon seine Mutter flehentlich bitten, sie doch auslösen zu kommen. Der Offizier verlangte, dies habe im Lauf der nächsten Stunde zu geschehen, sonst würde der Kleine in ein weit entferntes Lager gebracht. Die Mutter, selbst mittellos, schaffte es, sich das Geld rechtzeitig von den Nachbarn zusammenzuleihen und erhielt ihren zehnjährigen Sohn zurück.

6. *Ausgangssperren.* Vor dem dritten Jahrestag der Intifada haben die israelischen Militärbehörden über weite Teile der besetzten Gebiete eine unbefristete Ausgangssperre verhängt. Über eine Million Menschen wurden praktisch unter Hausarrest gestellt! Im Flüchtlingslager Djebalja im Gaza-Streifen herrschte seit Beginn der Intifada 273 Tage lang Ausgangssperre. Eine unbegrenzte Ausgangssperre reizt wahrhaftig zu Verzweiflungstaten!
7. *Administrativhaft.* Am 19.12.1990 befand sich der Administrativhäftling Faras Chassuna 22 Tage im Hungerstreik. Er war 1980 wegen Mitgliedschaft in der Fatah zu vier Jahren Haft verurteilt worden. Von 1985 bis 1989 wurde er, mit den notwendigen kurzen Unterbrechungen, ständig in Administrativhaft gehalten. Am 26.11.1990 war wieder ein Jahr vorbei – solange kann man jemanden „legal“ in Administrativhaft halten –, und die Haft wurde sofort um ein weiteres Jahr verlängert. Chassuna trat daraufhin in Hungerstreik.
Administrativhaft bedeutet bekanntlich völlige Rechtlosigkeit. Es gibt keine Anklageschrift, es findet kein Verfahren statt, kein Urteil wird gesprochen. Die israelische Anwältin Tamar Peleg versucht, zumindest eine Erleichterung der Haftbedingungen von Faras Chassuna zu erwirken, die sehr viel härter sind als die eines in ordentlichem Gerichtsverfahren Verurteilten.

Zum Tag der Menschenrechte erschien in der hebräischen Tageszeitung Yediot eine Glosse mit dem Titel: „Die Frechheit der Hunde“. Als Hunde pflegte nämlich Rabbi Kahane die Araber zu bezeichnen. Wenn er irgendwo hinkam, wo auch Palästinenser waren, sagte er zur Begrüßung: „Schalom Juden, Schalom Hunde!“ Dementsprechend skandierten Tausende von Trauergästen beim Begräbnis der Ermordeten: „Tod den arabischen Hunden!“

Die Frechheit der Hunde

Vorigen Dienstag, am Tag der Menschenrechte, wurden in der Knesset, im Fernsehen und im Radio die Werte von Demokratie und Gleichheit vor dem Gesetz, die Bürgerrechte, die Rechte der Frau, des Kindes und das Recht auf freie Meinungsäußerung gefeiert. An diesem Feiertag hörten wir von unseren rechten wie linken Politikern, besonders vom Justizminister, daß alle Menschen nach Gottes Ebenbild geschaffen sind und die gleichen Rechte haben, ohne Ansehen der Religion, der Rasse und des Geschlechts. Nur ein paar verwehrte Hunde störten die Feierstimmung. Sie warfen Steine, zündeten Reifen an, warfen Molotowcocktails und forderten unverschämterweise Menschenrechte.

So fing man alle Hunde ein und steckte sie Administrativhaft, ein Teil wurde deportiert, die die blieben, kamen unter Ausgangssperre, und den bissigen versiegelte man ihre Hütten. Denn bei allem Respekt vor den Hunden – wie kommen sie dazu, Menschenrechte für sich einzufordern?

Yediot, 14.12.1990

Im Namen der Organisation *Gegen Folter in Israel* bereiten Dr. Jehojakim Stein und Chana Friedman einen Gesetzentwurf vor, der Ärzte dazu verpflichten soll, über ihnen bekannte Fälle von Folter und Mißhandlungen an

Häftlingen zu berichten. (Eine Meldepflicht bei Kindesmißhandlungen gibt es bereits.) Ebenso sollten Rechtsanwälte ihre Akten offenlegen, wenn sie Folterungen dokumentieren.

Medienpolitik

Radio, Fernsehen und Presse verlieren mehr und mehr ihre demokratischen Freiheiten. So wurde etwa die Vorführung eines Films in der Tel Aviver Cinemathek verboten, „Chirbat Jesah“ (Die Ruinen des Dorfs Jesah), der nach einer Erzählung des Dichters Ishar Smilanski vom wenig ritterlichen Benehmen der israelischen Armee erzählt, die das Dorf während des Unabhängigkeitskriegs 1948 „evakuierte“.

Der bekannte Fernsehreporter Rafik Halabi, ein Druse, wurde – wohl wegen seiner ungeschminkten Berichterstattung über die Vorgänge in den besetzten Gebieten – entlassen. Die liberale Tageszeitung *Ha'aretz* kommentierte, dies sei eine rassistische Entscheidung. Halabi war in den siebziger Jahren zunächst Fernsehkorrespondent für die besetzten Gebiete und hatte dann die Abendnachrichten unter sich. Proteste von der Rechten führten zu seiner Entlassung. Auf den Protest des Journalistenverbands hin wurde die Entlassung zurückgenommen, inzwischen arbeitet er wieder als Fernsehreporter. Halabi, Reserveoffizier der israelischen Armee (Drusen in Israel leisten Militärdienst), begreift seinen Fall als eine Art israelischer Dreyfuss-Affäre.

Über die Intifada wird wenig, über das Begräbnis des in den USA ermordeten terroristischen Rabbi Kahane hingegen wurde im Fernsehen ausgiebig berichtet, und das Parlament legte eine Schweigeminute ein. Nur einige wenige linke und arabische Abgeordnete verließen unter Protest den Plenarsaal, als der Knessetvorsitzende diese Schweigeminute anordnete.

Kahane

Einige Kostproben aus den Flugblättern Kahanes: Ein nichtjüdischer Mann, der sexuelle Beziehungen mit einer jüdischen Prostituierten oder mit einem jüdischen Mann hat, soll eine Gefängnisstrafe von 50 Jahren bekommen. Die jüdische Prostituierte oder ein jüdischer Mann, der sexuelle Beziehungen zu einem nichtjüdischen Mann hat, soll fünf Jahre ins Gefängnis. Ein jüdischer Mann, der sexuelle Beziehungen zu einer nichtjüdischen Prostituierten oder einem jüdischen Mann hat, bekommt nicht mehr als zwei Jahre Gefängnis. Diese Strafen gelten, ob diese Beziehungen innerhalb oder außerhalb Israels stattfinden. Usw. usf.

Moshe Etzioni, Richter am Obersten Gerichtshof, schrieb dazu: „Meiner Ansicht nach steht außer Zweifel, daß das, was Kahane und seine KACH-Partei fordern, nicht mehr und nicht weniger ist als die Nürnberger Gesetze. Der einzige Unterschied ist, daß der Begriff ‚Arier‘ durch ‚Jude‘ ersetzt worden ist. Und wo dort ‚Jude‘ stand, steht hier ‚Nicht-Jude‘.“

Und für einen solchen Mann erhebt sich die Knesset in Trauer???

Kahane war ein Israel-Import „made in USA“. „Wer mit dem Feuer spielt, kommt darin um“ – auf den in den USA ermordeten Kahane trifft das wahrlich zu. Er selbst hat gepredigt, alle Palästinenser in Israel und den besetzten Gebieten aus dem „heiligen Land“ zu vertreiben, und falls sie nicht gingen, sie eben umzubringen. Vor ein paar Jahren haben Anhänger Kahanes eine Bombe in eine Peace-Now-Demonstration geworfen. Einer der Führer von Peace Now, Emil Grienzeig, kam dabei ums Leben. Die von Kahane gegründete KACH-Partei steckt hinter allen möglichen Scheinorganisationen, die zum Teil offen, zum Teil im Untergrund wirken. Zu den KACH-Auswüchsen gehört auch die Gruppe „Getreue des Tempelbergs“, durch deren Provokation das jüngste Massaker auf dem „Haram al Sharif“ (Tempelberg) am 8.10.1990 ausgelöst wurde.

Bei einem Besuch bei Helga Baumgarten und Mustafa al Kurd in Jerusalem lernte ich das Gefühl kennen, eingekreist zu werden. Auf einem Hang vor ihrem Haus hat die Siedlerbewegung Gush Emunim durch einen amerikanischen Strohmann ein großes Haus gekauft und dort weithin sichtbar die israelische Fahne gehißt. Abends und nachts ist das Haus in gleißendes Scheinwerferlicht getaucht, und mit großen Lettern auf einem Transparent steht: Beit Ha'or (Haus des Lichts)! Auf diese Weise sollen schon viele Häuser in der arabischen Altstadt durch Strohleute aufgekauft worden sein. Der Bürgermeister Teddy Kollek ist gegen diese Machenschaften, kann aber nichts dagegen tun.

Neue jüdische Terrororganisationen

Ein palästinensisches Auto in den besetzten Gebieten wurde aus einem israelischen Auto heraus beschossen (die Nummernschilder haben unterschiedliche Farben). Die Schüsse trafen den palästinensischen Arzt Dr. Amru, seine Schwester Iftissam und einen Säugling, der mit im Auto war. Ein ganzes Magazin soll abgefeuert worden sein. Der Arzt wurde schwer verletzt, seine Schwester und das Baby leichter. Zu der Tat bekannte sich die (neue) Untergrundbewegung „Zionistische Rächer“. (nach: *Yediot* vom 30.12.1990)

Es könnte sein, daß die großzügige Amnestie, die den wegen mehrfachen Mordes zu lebenslanger Haft verurteilten jüdischen Terroristen schon nach knapp sieben Jahren die Freiheit bescherte, die Täter dieser neuen Terrorgruppe ermuntert hat. Nicht wegen der Aussicht auf milde Strafen – Terroristen sind durch harte Strafen nicht einzuschüchtern –, sondern wegen der gesellschaftlichen Akzeptanz, die in der Amnestie zum Ausdruck kommt. Dazu tragen wohl auch Äußerungen wie die folgende von Premierminister Shamir bei: „Wie die vorherigen UNO-Beschlüsse wird auch die jüngste Resolution wieder in unseren Schubladen verschwinden. Wir tun, was *wir* für richtig halten. Wir werden nicht einverstanden sein, daß die UNWRA oder ausländische Organisationen oder Konsulate ihre Befugnisse überschreiten und in den besetzten Gebieten als Beobachter fungieren.“

Friedensbewegung II: Religiöse Juden für den Frieden

Nicht alle Religiösen und Frommen sind rechtsextremistisch. Da sind erstens die Orthodoxen, für die Religion und Politik strikt getrennt sind. Auch der streitbare Prof. Yesayahu Leibowitz ist übrigens ein frommer Jude. Und es gibt religiöse Gruppen innerhalb der Friedensbewegung, eine davon heißt *Oz ve Shalom* (Mut und Frieden). Am 18.12.1990, einen Tag nach der Amnestie für die jüdischen Terroristen, veröffentlichte sie eine Anzeige im *Ha'aretz*: „Die israelische Gottesfurcht hüllt sich in Sack und Asche in diesen Tagen, da Juden, die wegen Mordes verurteilt worden sind, von der Gemeinschaft der religiösen Juden mit Segenssprüchen und Willkommensgesang begrüßt werden.“ Gemeint war die Hysterie, mit der die jüdischen Terroristen von vielen Religiösen empfangen worden sind. Das Fernsehen berichtete ausführlich.

Aus Protest gegen die Freilassung übrigens, berichtete *Ha'aretz* vom 27.12.1990, reichte der Richter Ali Nathan aus Bersheva seinen Abschied ein. Sie hatten auch während der Haft ungleich günstigere Bedingungen als inhaftierte Palästinenser: Hausbesuche, Urlaub zu allen jüdischen Feiertagen, Ausflüge etc.

Eine weitere religiöse Gruppe in der Friedensbewegung sind die *Clergy for Peace JPIC* (Justice, Peace, Integrity of Creation). Einer der Vorsitzenden der Organisation ist Jeremy Milgrom, in den USA geboren und seit 1968 in Israel. Seit 1981 ist er Rabbiner und im jüdisch-arabischen Dialog

und in der Friedensbewegung aktiv. Er leitet auch die Organisation „Palästinenser und Israelis gegen Gewalt“.

Im November fand in Schweden ein Symposium „Life and Peace“ statt, an dem sich neun palästinensische und sechs israelische Mitglieder religiöser Friedensgruppen beteiligten. Unter den Palästinensern waren fünf Moslems und vier Christen. Ein jüdisches Mitglied war Menachem Furmann, ein orthodoxer Rabbi aus der Siedlung Tekoa, der dafür plädierte, daß beide Völker ihre nationalen Ambitionen zügeln und einen binationalen Staat mit zwei Fahnen gründen sollten, der für die Araber Filastin und für die Juden Israel heißen könnte. Gewiß, ein unrealistischer Traum, aber Rabbi Furmann propagiert auch die Losung: „Hört auf zu töten, setzt euch hin und verhandelt!“

Ein weiterer interessanter Teilnehmer war Imam Abdalla Nimr Derwish, Gründer und Ideologe der islamischen Bewegung in Israel/Palästina. Er ist ein sehr moderater Vertreter dieser Bewegung, doch er ist ihr unbestrittener Führer. Dazu sollte man wissen, daß nach der großen Flucht und Vertreibung der Araber 1948 die israelische Regierung für das höchste Gremium des Islam in Palästina, den Waqf, ihr genehme Mitglieder ernannte, die sie auch jederzeit wieder absetzen konnte. So hatte diese religiöse Institution jede Unabhängigkeit verloren, und ihr intellektuelles Niveau sank. Erst nach 1967, als die Waqf-Mitglieder mit Imamen aus der Westbank und dem Gaza-Streifen zusammentrafen, die zum Teil in Kairo und Damaskus ausgebildet waren, hob sich das Niveau. Die islamische Bewegung von Imam Derwish bekommt keinerlei Geld von der israelischen Regierung und kann völlig unabhängig arbeiten.

Einflußreich ist auch Erzbischof Lufti Locham von der griechisch-katholischen Kirche. Alle diese Theologen stehen für Menschenrechte und Frieden im Nahen Osten ein.

Ein Rabbiner, Moshe Levinger, kam ins Gefängnis – allerdings nur für kurze fünf Monate –, weil er gegen die Erschießung des Palästinenser Kard Salah vor dessen Laden in Hebron protestiert hatte. An dem Tag, als er seine Strafe antrat, begleiteten ihn Hunderte von Mitstreitern; am gleichen Tag machte eine Gruppe des JPIC einen Solidaritätsbesuch im Haus des Erschossenen.

Und schließlich: Der bekannte Rabbiner Schach ist aus der Front seiner religiösen Partei, Degel Ha Tora, ausgesichert und hat im Dezember 1990 dem seiner Partei angehörenden Minister Rawitz einen Brief an den ägyptischen Regierungschef Mubarak mitgegeben: „Als Rabbiner bin ich nicht nur für die religiöse Tradition des Judentums verantwortlich, sondern auch dafür, daß kein Blut vergossen wird. Nicht ‚Groß-Israel‘, sondern Frieden ist das oberste heilige Gebot.“

Glaube oder Aberglauben?

Vertreter von Menschenrechtsorganisationen in Israel erklärten mir, in der israelischen Bevölkerung fehle es weitgehend an rationalen Vorstellungen. Geschichte werde als eine Reihe von Episoden aufgefaßt, die Wunder gleichen und auf die es keine bewußte, willentliche Einwirkungsmöglichkeit gibt: Der Sieg im Sechs-Tage-Krieg war ein Wunder; daß die sowjetischen Juden kommen, ist ein Wunder; und wie sie eingegliedert und versorgt werden, auch dazu werde ein Wunder geschehen. Und ob wir die Golfkrise überleben oder ob ein Krieg ausbricht, wird von Wundern abhängen. Eine derart „messianische“ Einstellung sei unter der israelischen Bevölkerung sehr weit verbreitet. Wohl um ihr Rechnung zu tragen, ist Shimon Peres, der Vorsitzende der Arbeitspartei, zum Grab des Zaddik Shimon Bar-Jochai gepilgert, um für Regen zu beten!

Friedensbewegung III: Frauen in Schwarz

An einem Freitag fuhr ich nach Jerusalem, um mit den *Frauen in Schwarz* zu demonstrieren, die jeden Freitag eine Stunde lang auf einem bestimmten Platz in Jerusalem stehen, inzwischen auch in 35 anderen Orten. Wir waren über hundert Frauen. Auf der anderen Straßenseite standen KACH-Leute, Anhänger des berüchtigten Rabbi Kahane, und *Gush Emunim* – die Frauen berichteten, das sei meist so, und wenn sie selbst nicht rechtzeitig da seien, stellten sie sich sogar an ihren Platz. Während wir dort standen, riefen sie in Sprechchören: „Tod den Arabern“ und „Weg mit den linken Volksverrättern“. Uns beschimpften sie als „Araberhuren“.

Für mich war es nicht nur beeindruckend, daß dort jeden Freitag bei Wind und Wetter, sommers wie winters, so viele Frauen stehen, sondern auch zu erleben, daß es auch positive Reaktionen und Solidaritätsbekundungen aus der Bevölkerung gibt. So kommt beispielsweise jeden Freitag ein älterer Mann: Er kam mit einem Riesenpaket roter Rosen dort an und überreichte jeder Frau eine Rose. Dies tue er schon seit zwei Jahren, erzählten mir die Frauen. Im vorigen Jahr sei er an einem windigen und regnerischen Tag nicht erschienen. Als er am nächsten Freitag wieder da war, fragten ihn die Frauen, ob er krank gewesen sei. Nein, sagte er, er habe diesmal nur nicht genügend Geld für über hundert Rosen gehabt – er sei nur ein einfacher Installateur. Ein anderer älterer Mann ging an Chanukka die ganze Reihe der Frauen entlang und gab jeder Frau einen Krapfen, das traditionelle Chanukka-Gebäck. An einem anderen Freitag verteilte jemand getrocknete Früchte. Es gibt also auch Zustimmung für die *Frauen in Schwarz*.

Die allwöchentlichen Demonstrationen sind auch eine Gelegenheit zum Informationsaustausch. Als ich dort war, wurden etwa Fragebögen dazu verteilt, ob die Frauen neue Losungen aufnehmen sollten. Die bis jetzt einzige Losung der *Frauen in Schwarz*, „Schluß mit der Okkupation“, garantierte einen breiten Konsens unter den engagierten Frauen, selbst bei sonst divergierenden politischen Richtungen. Nun wurde vorgeschlagen, weitere, konkretere Losungen aufzunehmen. Es werden auch Aktivitäten und Kurse bekanntgegeben, etwa ein Selbstverteidigungskurs. Das ist wichtig, weil die Frauen des öfteren auch tätlich angegriffen werden. Die Frauen organisieren auch Workshops zur politischen Situation, deren Einschätzung und möglichen Antworten darauf. Es findet also ein lebendiger Austausch statt.

Am Freitag darauf, dem 28.12.1990, fuhr ich wieder nach Jerusalem, um mit den *Frauen in Schwarz* zu demonstrieren. Wir standen rund um den Frankreich-Platz neben dem Hotel der Könige. Der ganze Platz war schwarz von den ca. sechshundert Frauen, die Plakate mit der Losung „Stopt die Besatzung“ hoch hielten. Darunter alte Frauen, älter als ich mit meinen 72 Jahren, auch viele junge Frauen, teils mit ihren Kindern, sogar zwei schwarze Pudel waren mit von der Partie. Die Frauen standen um ein Rondell in der Mitte des Platzes und an allen Ecken der Straßenkreuzung. Zu unserem Schutz kam berittene Polizei. Mit zwei der Polizisten kam es am Schluß zu einer längeren Diskussion über den Grund unserer Demonstration – ohne Beschimpfungen.

Am selben Tag um 15 Uhr begann eine Protest-Nachtwache der *Frauen in Schwarz* vor dem Amtssitz von Shamir mit großen Transparenten gegen Krieg und Okkupation. Die Aktion dauerte die ganze Nacht bis morgens um 9 Uhr, die Frauen wechselten sich alle zwei Stunden ab, immer waren dreißig bis vierzig von ihnen vor Ort. Als ich um Mitternacht kam, war die Stimmung ausgezeichnet. Es regnete nicht, aber man hatte vorsorglich ein Zelt aufgestellt. Da es in der Nacht ziemlich kalt war, hatte man ein kleines Feuer angezündet. Freundinnen und Freunde mit Autos brachten Thermosflaschen mit Tee und Kaffee und Gebäck vorbei. Es gab Diskussionen mit Passanten, aber keine Störungen.

Frauenkonferenz *Women struggle in an time of crisis*

Am Samstag, dem 29.12.1990, begann dann die große Frauenkonferenz „Women struggle in an time of crisis“ im Saal der Cinemathek in Jerusalem. Es waren Frauen aus allen Bevölkerungsschichten anwesend, israelische und palästinensische, einige fromme Frauen – auch zwei Nonnen sah ich. Wegen der Kriegsgefahr waren zwar viel weniger Frauen da als im letzten Jahr, aber es kamen doch viele Frauen auch aus dem Ausland: dreißig aus Italien, acht aus Schweden, 16 aus den USA, die trotz Warnungen ihrer Regierung gekommen waren, außerdem Engländerinnen, Französinen und Holländerinnen. Konferenzsprachen und Simultanübersetzungen waren Englisch, Arabisch, Italienisch und Ivrit. Vor allem viel Englisch war zu hören, u.a. von jüdischen Amerikanerinnen, die schon länger in der israelischen Friedensbewegung aktiv sind. Viele von ihnen waren in den siebziger Jahren nach Israel gekommen, um hier eine feministische Bewegung aufzubauen, was nicht recht gelang. Statt dessen haben sie sich alle in der Friedens- und Protestbewegung engagiert und gehören inzwischen zu deren aktivsten Kräften.

Als erste sprach eine Schwedin über die Kooperation aller Frauen in der Welt. Sie und ihre Kolleginnen seien von einer Friedensorganisation als „fact-finding-delegation“ nach Israel geschickt worden und hätten auch schon vor verschiedenen Botschaften, vor allem des Irak und der USA, demonstriert. Eine Italienerin, Elisabeth Danini, appellierte an uns alle, nicht zu resignieren und die jüdisch-arabischen Beziehungen weiterzupflegen. Auch Marissa Mano war wieder dabei, die voriges Jahr bei der *Friedenskette* in Jerusalem ein Auge verloren hatte. Beide warnten nicht nur vor dem Krieg, sondern vor allem vor einer Stimmung, die den Krieg in Betracht zieht und ihn dadurch möglich macht. Naila Zajad aus Nazareth hob unser „gemeinsames Schicksal“ hervor. Debby Lerman hingegen unterstrich, daß die *Frauen in Schwarz* jetzt zunehmend unter physischer Gefahr agierten: „Jede Frau, die mit uns demonstriert, hat einen Entschluß gefaßt und muß wissen, daß es auch gefährlich werden kann.“ Anschließend sprach Yael Dajan, Tochter von Moshe Dajan und Mitglied der Arbeitspartei, die mit der Rechtsanwältin Felicia Langer und Feisal Hussein für ihre unermüdlichen Friedensbemühungen den Kreisky-Preis der Stadt Wien 1991 erhält. Sie war realistisch: Diese Veranstaltung sei kein Fest, wir lebten in traurigen Zeiten. Vor einem Jahr konnten wir sagen, daß wir von der Identifikation zur Kooperation übergegangen sind. In diesem Jahr jedoch sei von Identifikation nicht mehr die Rede, und auch kaum noch von Kooperation, denn der Irak sei mit Sicherheit eine reale Gefahr für Israel. Doch gerade mit diesem Wissen sei es nur um so deutlicher, daß Frieden für Israel nur *mit* den Palästinensern und *mit* der PLO möglich ist.

Rana Nashashibi klagte erbittert über die ungleichen Folgen nach der Ermordung von Juden und Palästinensern: Als beispielsweise in Rafia ein Jude getötet wurde, sind 47 Häuser zerstört und 400 Menschen verhaftet worden. Als Siedler in Kirjat Arba einen Palästinenser töteten, gab es keine einzige Verhaftung – von Häuserzerstörungen oder sonstigen Maßnahmen ganz zu schweigen. Am Nachmittag gab es 12 Arbeitsgruppen. Ich beteiligte mich an der zur Golfkrise und ihren Auswirkungen, die von Tanja Rinhardt geleitet wurde, einer Linguistik-Professorin (im Vorstand der internationalen Linguisten-Organisation und bei Noam Chomskys Israel-Besuch dessen Betreuerin), die schon lange in der Friedensbewegung aktiv ist und zu den Verhafteten der Friedensbewegung in Qalqilya gehörte. Das Ergebnis ihres Referat und der anschließenden Diskussion läßt sich etwa so zusammenfassen: Auch und gerade im Fall eines Krieges werden Israelis und Palästinenser ein gemeinsames Schicksal haben. Die konkrete Bedrohung für Israel muß jetzt und in Zukunft ausge-

geschlossen werden. Daher müssen in der ganzen Region vor allem die nichtkonventionellen Waffen abgeschafft werden. Allerdings war Israel der erste Staat im Nahen Osten, der sich nichtkonventionelle Waffen zugelegt hat (der Atommeiler in Dimona). Saddam Hussein hat im Prinzip einer Abrüstung zugestimmt – unter der Bedingung, daß alle Staaten in der Region abrüsten. Israel war nicht dazu bereit. Die Teilnehmerinnen an der Arbeitsgruppe plädierten dafür, daß Israel sich als Teil der gesamten Region begreifen sollte. Wenn es allerdings zum Krieg kommt, würde der nationale Konsens in allen Schichten der israelischen Bevölkerung wiederhergestellt – selbst für die israelischen Militärdienstverweigerer, *Yesh Gvul*, gäbe es im Falle eines Angriffs auf das Land keinerlei Diskussionen mehr. Doch der einzige Ausweg sind und bleiben Friedensverhandlungen und der Rückzug aus den besetzten Gebieten. Der Schlüssel zur Lösung der gegenwärtigen Krise am Golf liegt vielleicht bei Israel, und wir Frauen müßten die Alternative aufzeigen.

WOFPP

Nach der Konferenz fuhr Yael Oren von der Organisation *WOFPP (Women for political prisoners)* mit den italienischen Frauen nach Gaza, wo am Tag zuvor fünf Palästinenser erschossen worden waren, als zwei von ihnen Grafittis an eine Hauswand malten. Außerdem gab es auch nach offiziellen Angaben 250 – teils schwer – Verletzte. Die Frauen von *WOFPP*, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, Mißhandlungen zu verhindern, die Haftbedingungen zu verbessern und auf Übergriffe des Gefängnispersonals aufmerksam zu machen, demonstrierten vor dem TelMond-Gefängnis. Die Demonstration wurde von der Polizei brutal niedergeknüppelt. Yael Oren: „Nie werde ich die Schläge vergessen, die die Palästinenser bekamen, als sie mich mit ihrem Körper vor den Polizeiknüppeln schützten.“

Physicians for Human Rights (PHR)

In Tel Aviv traf ich Dr. Ruchama Marton von der Israelisch-Palästinensischen Ärzteorganisation *PHR (Physicians for Human Rights)*. Sie fahren einmal im Monat in ein Dorf in der Westbank, das von den palästinensischen Ärzten je nach Dringlichkeit ausgewählt wird, und untersuchen und behandeln dort kostenlos. Oft kämen Menschen, berichtet Dr. Marton, mit scheinbar geringfügigen Symptomen, doch dahinter verbergen sich oft ernsthafte Krankheiten. In solchen Fällen organisieren die *PHR* Krankenhausbetten, u.U. auch Behandlungen im Ausland. Vom konkreten Nutzen abgesehen, haben diese Besuche (meist sind es acht bis zehn ÄrztInnen und zwei bis drei Krankenschwestern) wegen der Zusammenarbeit von jüdischen und palästinensischen Ärzten einen hohen politischen Stellenwert.

Die größte Sorge bereitet der Organisation jedoch die völlig unzureichende medizinische Versorgung der Häftlinge. In Ansar (Keziot) befinden sich zwischen 4.000 und 7.000 Häftlinge – alle in Administrativhaft, d.h. ohne Gerichtsverfahren. Dort gibt es bisher nicht ein einziges Krankenzimmer! (Es soll aber demnächst eines eingerichtet werden.) Die *PHR* haben sich deshalb an die Israel Medical Association gewandt, die 12.000 Mitglieder zählt, und um Unterstützung zur Abhilfe dieses unhaltbaren Zustands gebeten. Die neue Vorsitzende dieser Vereinigung, Dr. Mirjam Zangen, hat, so Dr. Marton, ein offenes Ohr für humanitäre Fragen. So hat sie etwa, als sie erfuhr, daß voriges Jahr eine Gefangene in Fesseln in den Kreißaal gebracht worden war, besonders von den behandelnden Ärzten wegen ihres skandalösen Verhaltens Aufklärung verlangt.

Auf die Zusammenarbeit der israelisch-palästinensischen Ärzte hat die Golfkrise keinen Einfluß. Die persönlichen Beziehungen untereinander sind im Lauf der gemeinsamen Arbeit zu gut und zu fest geworden.

Nach den Messerstechereien: Aufgebrachter Mob

Am 12.12.1990 wurden in Petach Tikwa bei Tel Aviv zwei jüdische Israelis mit Messern niedergestochen, genau an dem belebten Platz, an dem ich am Tag zuvor etwas zu erledigen hatte. Als ich einen Tag nach dem Attentat wieder dorthin kam, hingen überall Zettel und Plakate: „Tod den Arabern!“ Auch Sprüche wie „Die linken Landesverräter machen die Morde an Juden erst möglich“. Leider war kein einziges Plakat der Friedenskräfte zu sehen, ebensowenig nach dem schrecklichen Mord in Jaffa, wo drei Juden getötet wurden. Nur die KACH-Leute waren sofort da, schrien ihre Losungen und hetzten die Menschen auf. Auch in Jaffa haben die Friedenskräfte nicht sofort und spontan reagiert – es sah aus, als seien sie kopflos geworden, als sei ein Vakuum entstanden. Im *Ma'ariv* stand am 8.12.1990 folgende Meldung: „Ein schwerverletzter Araber lag auf der Straße. Er blutete aus mehreren Wunden und war bewußtlos.“ So erzählt Meir Elieser, ein Ambulanzfahrer des Magen David Adom (vergleichbar dem Roten Kreuz) aus Jerusalem. „Ich wollte erste Hilfe leisten, aber die Menge hinderte mich mit Schreien wie: ‚Das ist ein Araber, laß ihn liegen!‘ So etwas ist mir noch nie vorgekommen. Dann wurde ich von der hysterischen Menge direkt angegriffen, die schrie: ‚Tod den Arabern!‘ Von allen Seiten flogen Steine. Es war unmöglich zu helfen. Später wurde der Araber von der Polizei in Sicherheit gebracht.“ Am selben Nachmittag wurden Meir und seine Crew zu einem anderen zusammengeschlagenen Araber gerufen. Wieder flogen Steine unter demselben Geschrei: ‚Tod den Arabern!‘ Schließlich gelang es dem Ambulanzfahrer, den Verletzten in den Wagen zu bingen. Die aufgehetzte Menge wollte ihn mit Gewalt herausholen. Erst später gelang es mit Hilfe der Polizei, die sich zwischen den Ambulanzwagen und die aufgebrachten Menschen stellte, den Verletzten ins Hadassah-Krankenhaus zu bringen.

Im Fernsehen waren Bilder von jüdischen Bürgern zu sehen, die nach den Messerstechereien Jagd auf Araber machten, Autos anzündeten, einzelne arabische Passanten überfielen, und wie diese um ihr Leben rannten. Zum Glück gab es nur Verletzte. Einige wenige Menschen versuchten, bei den Ausschreitungen einzugreifen: Ein Armeeeoffizier, der einen Araber vor Angriffen schützen wollte, wurde selbst angegriffen. Avi Alza, Vorsitzender des Nachbarschaftsrats im Shmuel-Hanavi-Viertel, wollte Nachbarn von Angriffen auf Araber abhalten und wurde selbst niedergestochen. Nur, wie schon gesagt, die Friedenskräfte waren leider nicht präsent. Auch abends im Fernsehen traten sie nicht auf. Erst allmählich begannen Friedensgruppen in Jerusalem, für künftige derartige Vorfälle eine Art „Feuerwehr“ zu organisieren – zu spät, um den jetzt angegriffenen Palästinensern zu helfen.

Einige Minister haben nun die Todesstrafe für diese Messerstechereien gefordert. Es ist fraglich, ob sie damit durchkommen, doch wenn Israel wirklich ein demokratischer Staat sein will, müßte dieselbe Strafe auch für Juden eingeführt werden, die Araber ermorden. Das hatten die Befürworter der Todesstrafe sicher nicht im Sinn. Auch unter Israelis sind Messerstechereien übrigens nicht ungewöhnlich. Im *Al Ha'Mishmar* vom 23.12.1990 etwa stand die Meldung, ein Jugendlicher habe in einer Diskothek während eines Streits einen anderen niedergestochen und getötet. Auch von solchen Vorfällen auf Schulhöfen wird berichtet. Viele tragen Klappmesser in der Tasche. In Bussen und auf der Straße fallen einem die Männer mit den ausgebeulten Taschen auf (Revolver), und zu-

dem sind alle Soldaten, wenn sie nicht auf Urlaub sind, verpflichtet, ständig Waffen zu tragen. Selbst Frauen, ganz normale Hausfrauen, lassen sich im Rahmen eines Selbstverteidigungsprogramms an der Waffe ausbilden. Bilder wie aus den USA und Südafrika!

Die Morde in Jaffa und Petach Tikwa sind eine Tragödie, und darüber hinaus auch politisch eine Katastrophe. Einer der in Jaffa erstochenen jüdischen Arbeiter, Yehoshua Chakmann (40), Vater von vier Kindern, war dafür bekannt, daß er einen der beiden Palästinenser, die zusammen mit den jüdischen Arbeitern in dieser Fabrik beschäftigt waren, vor den Pöbeleien der jüdischen Arbeiter verteidigt hat. Es ist klar, daß die angreifenden Palästinenser persönlich nichts gegen ihre Opfer hatten – man weiß, wer die Täter waren. Sie haben einfach die ersten ermordet, die morgens zur Arbeit kamen, wie die Buchhalterin Iris Asraf (22). Man muß sich also fragen, ob dies „nur“ Verzweiflungstaten einzelner waren, oder ob dies nicht eine neue Reaktion auf die politische Sackgasse ist, in die die Friedensverhandlungen geraten sind. Das wäre fatal, dann würden wir nordirische Zustände bekommen.

Leider muß man sagen, daß die Friedensbewegung, weil sie nicht vor Ort war, das Terrain „der Straße“ überlassen hat. *Peace Now* reagiert, wie in der Vergangenheit auch, lediglich, wenn die Amerikaner irgendeinen Friedensplan vorschlagen, den es dann gegenüber der rechten Regierung verteidigt. *Peace Now* hat es versäumt, selbst die Initiative zu ergreifen. Gegen den alltäglichen Rassismus in Israel haben sie bisher viel zu wenig getan. Die Gewerkschaft, die Histadrut, von der man doch meinen könnte, sie vertrete einen egalitären Standpunkt, hat in ihren eigenen Betrieben als erste die Araber entlassen.

Doch *Peace Now* war nicht ganz untätig:

Friedens-Solidaritätsveranstaltung in Tira

Am 15.12.1990 – an dem Tag, als in Jaffa drei Juden, zwei Männer und eine Frau, ermordet worden waren –, fand in Tira, einer arabischen Kleinstadt in Israel mit etwa 20.000 Einwohnern, eine große Veranstaltung von *Peace Now/Shalom Achshav* statt. Die Bevölkerung von Tira hatte beschlossen, jüdische Mitbürger aus Tel Aviv und Umgebung zu bewirten. Über 2.000 Menschen kamen. Bewußt schloß sich *Peace Now* dieser Einladung an und machte eine gemeinsame Veranstaltung von Juden und Palästinensern, denn die Stimmung war nach diesem Mord besonders aufgeheizt. Zu den Organisatoren gehörte der palästinensische Friedensaktivist Abi Nathan, der wegen seiner Verbindungen zu Arafat und zum ägyptischen Staatschef auch schon des öfteren im Gefängnis war. Zum ersten Mal beteiligten sich auch einige prominente Likud-Mitglieder. (Der Likud ist eine rechts-konservative Partei, die etwa der CDU in Deutschland vergleichbar ist. Sie stellt die derzeitige Regierung unter Shamir, die den verheerenden politischen Kurs zu verantworten hat.) Auch der Bürgermeister von Tel Aviv (ein Likudnik) war da, wie schon am Vortag, und betonte, daß nur ein palästinensischer Staat neben dem jüdischen Frieden bringen kann, und daß man mit den Palästinensern und ihrer Vertretung, der PLO, verhandeln müsse.

Bei der Veranstaltung wurde berichtet, der verbannte Palästinenser Taissi Amri habe bei einer Palästinenser-Veranstaltung in Frankreich gesagt: „Als Volk, das unter Okkupation leidet, können wir der Okkupation Kuweits nicht zustimmen!“ Es sprachen viele Menschen aus dem Dorf, ein kleines Mädchen sagte: „Warum ruft man in der Stadt: ‚Tod den Arabern‘? Ich bin traurig, wenn ich diesen Ruf höre. Ich habe doch niemandem etwas getan, und ich möchte doch mit allen zusammenleben!“

Am 16.12.90 berichtete *Al Ha'Mishmar*, daß auch in dem Dorf Ssachnin eine Solidaritätsveranstaltung mit über 500 Menschen stattgefunden hat.

Für Januar 1991 ist eine weitere große gemeinsame Veranstaltung im Wadi Ara geplant.

Trotz aller Anerkennung für diesen Erfolg: Warum bekundete *Peace Now* seine Solidarität mit dem Dorfvorsteher Mustafa Abu Rija aus Tira, der als konservativ bekannt ist, und nicht mit den jungen arabischen Kräften, die die Herrschaft der Notabeln satt haben und echte Alternativen zur Regierungspolitik anbieten?

PLO – wohin?

Die Vereinigte Führung der Intifada, die hauptsächlich aus PLO-Kräften besteht, hat die Annexion Kuweits verurteilt. Sie unterstützt den Irak allein gegen den westlichen Militäraufmarsch. Arafats Rechnung auf eine politische Lösung ist nicht aufgegangen. Die USA beantworteten seine Kompromißbereitschaft mit immer weitergehenden Forderungen, und Israel erkennt die PLO nach wie vor nicht als Verhandlungspartner an. Zwar rauften sich die verschiedenen zerstrittenen Fraktionen der PLO 1987 auf dem palästinensischen Nationalkongreß in Algier noch einmal zu einem Kompromiß zusammen, doch die Unterschiede blieben bestehen.

Die Intifada ist nicht am Ende, aber sie ist festgefahren. Eine politische Lösung ist nicht in Sicht, und man denkt über neue Kampfmethoden nach. Daher auch der Ruf um Hilfe von außen. Saddam Hussein war der einzige, der dazu stark und entschlossen genug erschien. Doch obgleich groß in antiisraelischen Tiraden, wird er den Palästinensern tatsächlich in ihrem *Befreiungskampf* helfen? Es erscheint mir unglaublich, daß erfahrene palästinensische Politiker den Versprechungen Saddam Husseins wirklich vertrauen oder sich über den Charakter des Baath-Regimes Illusionen machen. Täten sie das, liefen sie Gefahr, einen Fehler der 60er und 70er Jahre zu wiederholen: das Bündnis mit vorgeblich „fortschrittlichen“ Regimen. Die Frage ist auch, was für eine „Freiheit“ das ist, die im Bündnis mit einem Regime wie dem von Saddam erkämpft werden soll!

Der Irak hat immer Abu Nidal unterstützt und ihm eine dort eine eigene Basis gegeben. Abu Nidal hat viele Morde an dialogbereiten Palästinensern auf dem Gewissen, von anderen Terroranschlägen ganz abgesehen, die von der PLO unter Arafat verurteilt worden sind. Schon deshalb sollten viele Palästinenser, besonders die Intellektuellen, wissen, was sie von Saddam Hussein zu halten haben. Der palästinensische Befreiungskampf hatte immer auch emanzipatorische Elemente. Die Intifada hat sich nicht nur nach außen, gegen die israelische Besatzung und Unterdrückung, gerichtet, sondern auch nach innen: Sie ist zugleich eine Revolution gegen die schwere Bürde der eigenen Geschichte mit ihren tradierten Gesellschaftsstrukturen. An die Stelle der Männerwelt der Notabeln und Würdenträger sind sehr aktive Dorfkomitees getreten, die die gegenseitige Hilfe bei Lebensmittelknappheit, Verhaftungen oder medizinischer Unterversorgung organisieren und, wenn Israel als Kollektivstrafe monatelang die Schulen geschlossen hält, für privaten Unterricht sorgen. Und alle diese Komitees wurden hauptsächlich von Frauen aufgebaut – das ist eine emanzipatorische Entwicklung, die nicht mehr rückgängig zu machen ist.

Von der Intifada gingen auch Impulse für andere Befreiungsbewegungen aus. Die aufständischen Kurden etwa nannten ihren Kampf zu Anfang ebenfalls „Intifada“, erst später verwendeten sie das kurdische Wort „Serhildan“.

Die emanzipatorischen Strukturen der Intifada sind intakt, doch beseht gegenwärtig die Gefahr, daß alle (basis)demokratischen und sozialrevolutionären Ansätze durch eine Orientierung auf die

arabische Machtpolitik und durch religiöse Polarisierung verdrängt werden. – Wie es heißt, hat die Hamas bereits 50 % der Sitze im Palästinensischen Nationalrat gefordert. – Sollte sich diese Richtung durchsetzen, wäre der Weg zu einer Befreiung der arabischen Welt von Diktatur und Elend – eine Befreiung, die nur aus der Bevölkerung selbst kommen kann – für lange Zeit verbaut. Die Intifada geht weiter, zum großen Teil aus Verzweiflung. Bis heute ist die Front geschlossen, doch die Gefahr ist groß, daß die eine oder andere Gemeindeverwaltung dem Druck nicht mehr standhält – allein das tägliche Überleben zu gewährleisten, ist ein ungeheurer Druck geworden. Deshalb könnten sich einzelne Orte mit dem Militärregime arrangieren, um sich etwas Erleichterung zu verschaffen. Doch wenn es dazu käme, würde die Intifada auseinanderfallen – und einzelne Gruppen, besonders unter den Jugendlichen, würden sich radikalisieren und als Desperados zu sehr viel militanteren Aktionen übergehen.

Die Mitgliedsorganisationen der PLO

Al Fatah: Sie vertritt etwa 60% der palästinensischen Bevölkerung. Die Organisation ist bürgerlich-nationalistisch, hat aber auch einen linken und einen islamischen Flügel.

PFLP: Die Volksfront zur Befreiung Palästinas wird seit ihrer Gründung von George Habash geführt. Sie ist marxistisch-leninistisch orientiert und betrachtet den Sturz der reaktionären arabischen Regime als Voraussetzung für die Befreiung Palästinas. In den besetzten Gebieten vertritt die PFLP eine Doppelstrategie: den bewaffneten Kampf gegen Israel und den sozialrevolutionären Kampf der palästinensischen Bevölkerung.

DFLP: Die Demokratische Front spaltete sich 1969 von der PFLP ab. Sie arbeitet jedoch eng mit ihr zusammen – beide vertreten jeweils etwa 15 % der palästinensischen Bevölkerung.

PLF: Die Palästinensische Befreiungsfront unterscheidet sich programmatisch kaum von der Al Fatah, legt aber stärkeres Gewicht auf den bewaffneten Kampf. Sie macht durch spektakuläre Aktionen auf sich aufmerksam, hat aber wenig Anhang in der Bevölkerung.

PCP: Die Kommunistische Partei hat, anders als die bisher genannten Organisationen, keine eigene Miliz. Sie wurde erst 1987 in den Palästinensischen Nationalrat aufgenommen. Stark vor allem unter der arabischen Bevölkerung in Israel. Hat aber seit der Golfkrise an Anhängern verloren.

Daneben gibt es noch viele kleine Organisationen, die *nicht der PLO* angehören. Es sind Frontorganisation Syriens wie die *SAIKA* oder des Irak wie die *ALF*, oder sie werden zumindest von arabischen Staaten finanziert und geschützt wie die *Abu Nidal*- und die *Abu-Moussa-Gruppe* und sind in erster Linie deren Instrumente gegen die PLO. Ihr Anhang unter der palästinensischen Bevölkerung ist gering.

Hamas, die islamistische Widerstandsbewegung, wurde im August 1988 als Dachorganisation aller an der Intifada beteiligten islamisch-fundamentalistischen Gruppen gebildet. Die Hamas tritt für einen islamischen Staat ein.

Laut Zahira Kamal hat sich ein Teil der *Demokratischen Front*, Hawatme mit Sitz in Libanon, abgespalten und vertritt weiterhin den bewaffneten Kampf. Yassir Abu Trabbo und Zahira Kamal selbst hingegen sind für politische Verhandlungen. Interessanterweise votieren auch die meisten der Ausgewiesenen/Deportierten für den politischen Weg. Das entspricht auch der Auffassung der meisten Bewohner der Westbank.

Moderate Palästinenser wie Feisal Hussein und Hana Siniora, die gehofft hatten, 1990 werde ein Jahr des Dialoges, sind mit ihrem Vorhaben vorerst gescheitert, weil sie dafür zu wenig Rückhalt unter ihren eigenen Leuten finden konnten. Das schlimme ist nun, daß gerade sie von der israelischen Regierung in ihren Reisemöglichkeiten beschnitten werden, daß sie das Land nicht verlassen,

nicht ins Ausland fahren dürfen. Feisal Hussein und andere hatten schon am 15. August 1990 in einer Erklärung die friedliche Lösung aller Konflikte und den Rückzug Iraks aus Kuwait gefordert und zugleich jeden Gebietsgewinn durch militärische Besetzung verurteilt.

Radikale junge Palästinenser

Unter den jungen Palästinensern wächst indessen der Unmut mit ihrer Führung, und die islamische Bewegung gewinnt an Boden. Ich sprach mit einem von ihnen:

„Unser Motto ist jetzt die Demokratisierung der PLO und ihrer Organisationen. Sie müssen sich an der Realität der Palästinenser hier orientieren und nicht nur von außen Kontrolle ausüben. In den ersten Monaten der Intifada waren die Menschen zu einem echten Zivilboykott bereit und fragten sich, wann die Führung die Anweisung dazu geben wird. Aber sie kam nicht. Führer wie Feisal Hussein und andere wollten die Intifada „rein“ halten und setzten auf Verhandlungen.

Jetzt ist die Intifada-Führung gespalten. Die einen wollen die Intifada ausweiten, die anderen wollen sie so weitergehen lassen wie bisher: Es sollen keine Feuerwaffen eingesetzt werden.

Einige unter uns halten inzwischen jede Eskalation für begrüßenswert, weil sich die Israelis dann nicht mehr sicher fühlen und weil wir damit zeigen, daß wir nicht schlafen. Unserer Meinung nach sind die Flugblätter in den letzten Monaten immer gemäßigter geworden – sie geben nicht den Willen der Bevölkerung wieder!“

Die Tötung von Kollaborateuren

Jeder weiß, daß es diese Art von Selbstjustiz in den meisten Befreiungsbewegungen gegeben hat, und jeder weiß auch, daß sich dies am Ende gegen die eigenen Leute richtete, Erpressungen Tür und Tor öffnete und zur Demoralisierung beitrug. Jetzt endlich – meiner Meinung nach viel zu spät – hat die Intifada-Führung klar und eindeutig gefordert, die sogenannten Hinrichtungen mutmaßlicher Kollaborateure zu beenden. In einem am 1. Januar 1991 in Ost-Jerusalem verbreiteten Kommuniqué „verbietet die Intifada-Führung allen Kämpfern, egal welcher Organisation sie angehören, Verdächtige zu ermorden oder hinzurichten“. Die Bestrafung von Palästinensern, die mit den israelischen Behörden zusammenarbeiten, heißt es weiter, sei Sache der höheren Instanzen der Palästinenser. Doch gibt es eine solche Struktur schon?

Feisal Hussein: Internationale Abkommen oder das Gesetz des Dschungels

Feisal Hussein auf die Frage, was er über den Krieg der Messer denke: „Meiner Meinung nach sind dies Reaktionen von einzelnen auf den Druck der israelischen Besatzung, speziell auf das Massaker auf dem Tempelberg.“ Diese Taten geschähen nicht im Rahmen der Intifada. Die Brutalität der Israelis, die unter anderem in dem Massaker auf dem Tempelberg Ausdruck fand, habe ein Ausmaß erreicht, das israelische Polizisten wie Jäger im Dschungel agieren lasse, die sich mit dem Gewehr an palästinensische Jugendliche heranpirschen, um sie zu töten. Das löse bei vereinzelt Palästinensern ähnliche Reaktionen aus. „Ich glaube, niemand ist imstande, solche Aktionen zu verhindern, wenn man sich nicht endlich daranmacht, eine friedliche Lösung einzuleiten.“

Er und seine Freunde versuchen das Problem auf politischer Ebene anzugehen. Doch er erlebt nur Enttäuschungen: „Wir versuchen, das Problem im Rahmen der legitimen internationalen Gremien und der bisherigen Beschlüsse darzulegen. Doch zu unserem (und ihrem) Unglück wollen die Ame-

rikaner und die Israelis unserem Volk demonstrieren, daß wir nicht im Rahmen der internationalen Abkommen, sondern im Dschungel leben.“ Das ist eine Anspielung auf die verschiedenen UN-Resolutionen, die einfach in die Schublade gewandert sind, ohne daß sich jemand um ihre Durchsetzung gekümmert hat. Selbst Beschlüsse, gegen die Amerika kein Veto eingelegt hat, sind nicht befolgt worden. Dieser Zustand, sagt Feisal Hussein, treibe Teile des palästinensischen Volks dazu, sich gleichfalls aufzuführen wie im Dschungel.

Zu dem von beiden Seiten fast abgebrochenen Dialog zwischen den Friedenskräften sagte Hussein: „Wir haben immer betont, daß es sich um einen Dialog zwischen Gegnern handelt. Viele Israelis haben das anders verstanden und gemeint, wir – die Palästinenser – seien ein Teil der israelischen Friedensbewegung, und sie haben geglaubt, wir teilten all ihre Stellungnahmen. Das ist der Grund für ihre Enttäuschung in der Golfkrise, denn wir haben eine andere Position vertreten als sie. Teile der Friedensbewegung sehen darin einen Bruch und greifen uns heftig dafür an, wobei sie alle Brücken zerstören, die wir bisher gemeinsam und mühsam genug gebaut hatten. Doch es ist wichtig, daß die Israelis verstehen, daß wir uns noch immer in derselben Lage befinden: Gegner brauchen Brücken, die zu einem gleichberechtigten Leben führen können. Wir haben weiter eine gemeinsame Basis: die Hoffnung auf eine friedliche Lösung.“

Azmy Bishara: Für eine alternative politische Kultur

Azmy Bishara, Professor an der Bir-Zeit-Universität in Ramallah, erklärte mir in einem Gespräch: „Die PLO hat eigentlich alle Vorbedingungen erfüllt, doch die israelischen Friedenskräfte wurden deshalb nicht stärker. Nicht erst seit der Golfkrise, schon früher stellten sie keine echte Option dar. Die politische Linie der PLO ist also gescheitert. Nach den Messerstechereien heißt es nun, mit den Palästinensern könne man nicht reden. Aber wie war es denn vorher? Wenn wirklich so viele der sogenannten Linken, die sich jetzt von den Palästinensern abwenden, sich früher für einen palästinensischen Staat eingesetzt hätten, wäre er längst verwirklicht! Zwar wurden die palästinensischen Intellektuellen gehört, die wie ich öffentlich und deutlich gesagt haben, Saddam Hussein ist ein faschistischer Diktator. Aber das hatte leider kaum Einfluß: Die Straße, die Massen jubelten Saddam Hussein zu.

Die palästinensische Gesellschaft in den besetzten Gebieten steckt in einer tiefen Krise. Es ist nicht gelungen, eine Alternative zur israelisch kontrollierten Justiz aufzubauen – daher die gegenwärtige Selbstjustiz. Außenpolitisch hat man auf ein „Linkage“ gehofft, eine Verknüpfung der Golfkrise mit der Palästinafrage, und geglaubt, daß der Irak eine entscheidende Rolle spielt. Die PLO wiederum setzte alle Hoffnungen in die Intifada. Doch man kann nicht alles von der Intifada erwarten: sie bringt nicht automatisch den Staat.

An die Adresse der israelischen Friedens- und Protestbewegung gesagt: Es muß eine breite Friedensbewegung geben. Wenn es jetzt nicht zum Krieg kommt, wären viele Optionen offen. Wenn es zum Krieg kommt, wären sie alle verloren. Die ersten Opfer wären Israel, Jordanien und die Palästinenser. Auch eine amerikanische Lösung würde alle Optionen zunichte machen. Drohungen gegen Israel wie von Saddam Hussein, schon vor der Golfkrise ausgesprochen, sind in den arabischen Staaten stets ein Zeichen von Schwäche. Eigentlich würde Saddam Hussein gern mit den USA verhandeln, aber nicht als schwacher, unterlegener Partner, sondern von gleich zu gleich. Ägypten und Syrien verhalten sich so pragmatisch, weil ihre Regime wacklig sind, und sind deshalb für eine us-

amerikanische Lösung. Doch die Masse ihrer Bevölkerung ist pro-irakisch – ebenso wie in Jordanien, Tunesien und wohl auch in Algerien – und erhofft sich von Saddam Hussein Unterstützung. Die Friedensbewegung sollte, statt sich in Spekulationen darüber zu ergehen, was sein wird, deutlich und konkret sagen, was sie will: 1., 2., 3., eine friedliche Lösung, und in diesem Sinne breiten Druck ausüben. Die Lösung ist nicht Israel contra Palästina, sondern beider Kampf gegen den Krieg. Ein alternative politische Kultur im Interesse des Volks gegen die Regierung ist nötig.“

Schluß

Steine: Die Steine der Jugendlichen in der Intifada flogen unter anderem deshalb, weil ihnen der Boden, auf dem sie stehen, samt ihren Rechten unter den Füßen weggezogen wurde. Doch selbst wenn es in Palästina an fast allem fehlt: an Steinen fehlt es nicht.

Gedächtnis: Beide, Araber wie Juden, haben ein katastrophal gutes Gedächtnis. Der eine sagt „Massada“, der andere „Salah a-Din“. So suchen sie Geborgenheit in den Festungen der Vergangenheit. Doch das ist eine Flucht aus der aktuellen Gegenwartsgeschichte. Schon Nahum Goldmann soll gesagt haben: „Unser Problem besteht darin, ein Volk zum Feind zu haben, das genau wie wir nichts vergißt.“

Ein Araber ist genauso kriegerisch oder so friedfertig wie ein Jude. Der Appell der Israelis an die Palästinenser, sie sollten doch bitte friedlich sein, wird ein einsamer Ruf in der Wüste bleiben, weil sie eines übersehen: Der Besiegte weiß, daß der Sieger Frieden braucht, und daß die einzige Chance, sich von ihm zu befreien, eben darin besteht, Unfrieden zu stiften – damit sich etwas rührt und bewegt.

Keine Idealisierung der Palästinenser: Diejenigen unter uns, die darin befangen sind, werden sehr schnell enttäuscht sein, weil die Palästinenser unserem Bild nicht entsprechen, und diese Enttäuschung ist vorprogrammiert: Palästinenser sind sehr viel komplizierter – so kompliziert, wie wir Juden auch. Den Israelis muß man auch weiterhin sagen, daß ihnen nichts anderes übrig bleibt als mit den Palästinensern zu leben, so wie sie sind: ein altes, stolzes, auch nachtragendes Volk. Genauso wie die Juden.

Wir müssen alles tun, um das Stück Gegenwart unter den Füßen beider Völker zu untermauern und auszubauen. Damit hätte die Intifada ein Ziel erreicht: daß nämlich untereinander über das Jetzt und Heute gesprochen wird. Nicht nur, um einer Lösung näherzukommen, sondern auch um das zu tun, was man tun muß,

damit man noch in den Spiegel schauen kann.

Schlage die Trommel und fürchte dich nicht!

Bert Brecht

